

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-72271](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-72271)

Der Ammerländer

(Fernsprecher Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Preis des Vierteljahres durch die Post frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Die Postgebühren und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktage; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten.

Für die Rückgabe unverlangt eingehender Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Recht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mittelbeschlüsse eingezogen werden müssen. — Flaggenreisern bei Aufgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 76.

Weiterleitung. Sonntag den 30 März 1919

59. Jahrgang

Deutsche Nationalversammlung.

80. Sitzung.) **OB Weimar, 27. März.**
Anlässlich des Nachtrags- und Nototats kam es zu der in der vorigen Sitzung bereits als Ergebnis der Scheidemannschen Rede angeführten

allgemeinen Ansprache.

Abg. Schulz (Soz.) bespricht den Verlauf der Revolution und polemisiert stark gegen die Rechte. Ausführlich wendet er sich dann gegen die in der preussischen Landesversammlung gehaltenen Rede des Abg. v. Bredow und bezeichnet diese als greifbaren Beweis für die Gegenrevolution von rechts. Endlich wandte er sich gegen die äusserste Linke und forderte für das deutsche Volk eine ruhige und unparteiische Weiterentwicklung. Das beste Mittel gegen den Bolschewismus sei die Aufhebung der Hungerblockade.

Abg. Mayer-Raufbeuren (Ztr.) erklärt, daß seine Partei im allgemeinen mit den Grundgedanken der Rede des Ministerpräsidenten einverstanden sei. Es sei Pflicht der Regierung, sich gegen alle Bewegungen zu wenden, die die freie Haltung der Regierung in der Friedensfrage stören könnten. Sie müsse sich nachdrücklich für die vereinigten Bewegungen der letzten Wochen wenden, die die Reichsregierung von ihrer vertragsmäßigen Haltung gegenüber den 14 Ministern abbringen wollen. Inzwischen sei er aber doch der Ansicht, daß die Vorzüge in Berlin keine allzu große Bedeutung gehabt hätten. (Zustimmung im Zentrum und bei den Demokraten.)

Grav. Fockens (Deutschn. Vn.) verteilte eine laune Erklärung seiner Fraktion, die die Rede Scheidemanns als einen deutschen Interessen abträglich und außerdem als übertrieben bezeichnet. Der Zusammenbruch Deutschlands sei nicht durch die Revolution herbeigeführt worden. Redner wendet sich dann gegen die Rechte, die einen Staat im Staat bilden, neben der Nationalversammlung regieren wollen und die mit aller Energie bekämpft werden müßten. Er rief dann direkt

Anfragen gegen Scheidemann

und betont, daß es Scheidemann nicht gelungen sei, den Parteimann abzulegen. In den jetzigen Tagen gehöre ein Mann an die Spitze, der inlande sei, alle Kräfte Deutschlands zusammenzuführen zu können, aber nicht ein Mann, den eine höhere Geschichtsdarstellung nur als einen Störer des Reiches ansehen werde. (Zustimmung Gegenüberredungen von links, demokratischer Beifall rechts.)

Abg. Benschke (Zem.): Die Abwärtigen tragen schwere Schuld an all den Missetaten. Redner betont, daß nicht die Sozialdemokraten den besten Willen gehabt hätten, die Revolution zu vermeiden und daß es gegen ihren ursprünglichen Willen zu der gegen revolutionären Erhebungen gekommen sei.

Die Entente zu Verhandlungen bereit.

Kein Vorkriegsrecht!

Die Waffenstillstandskommission hatte beauftragt am 19. März bei der Entente angefragt, ob die Überlegungen von Lloyd George und Wilson, wonach Deutschland den Friedensvertrag einfach ohne Gegenrede unterschreiben müsse, auf Tatsachen beruhen. Darauf hat Marshall doch nun dahingehend geantwortet, daß Lloyd George und Wilson ausdrücklich erklären lassen, sie hätten solche Erklärungen niemals abgegeben.

Stürmische Debatten in der Pariser Kammer.

In der Kammer hat Clemenceau gegen bestige Angriffe zu kämpfen. Namentlich der Sozialist Mayerac ist ihm entschieden entgegengetreten und wirft ihm vor, daß Frankreich geradezu in einen Kriegszustand mit Deutschland hineingedrängt habe. Alle seine Maßnahmen seien aber vergeblich, denn die Armee der Bolschewistik besitze sich auf 850.000 Mann und sei von keinem anderen angegriffen als von General Wrangell. Diese Mitteilung veranlaßte eine lebhafte Bewegung und der Minister des Äußeren Wilson wurde von allen Seiten bekräftigt, eine Erklärung abzugeben, ob das wahr sei. Wilson lehnte es jedoch ab, darauf zu antworten. Vorläufig sei ihm nichts von diesem Oberbefehl bekannt. Mayerac erhob zum Schluß heftigen Widerspruch gegen die Tatsache, daß die französische Regierung einen Krieg gegen Russland vorbreite, ohne daß die Kammer darum gefragt werde. Das sei eine Verletzung der Verfassung gegenüber der Erklärung der Weimarerichte, was den Auftrag nicht fehlen. Auch die Rechte ist es an Angriffs nicht fehlen, denn ihr in Clemenceau nicht unperfekt genug. Er habe die Autorität Frankreichs vernachlässigt, da dieses bis heute noch kein Abstandsbescheid von Deutschland erhalten habe. Auch müsse Frankreich das harte Weimarer verlangen. — Wie man sieht, befindet sich Clemenceau in einer wenig angenehmen Lage, aus welcher heraus auch keine Mühsalabsichten leicht erklärlich sind.

Pollische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der angekündigte Staatsgerichtshof beschäftigt ausserordentlich das Kabinett. Eine parlamentarische Untersuchungskommission ist in ihm nicht vorzuziehen, sondern ein mehrparteilicher Gerichtshof, dem Richter und Sachverständige angehören sollen. Über die Ernennung der Mitglieder dieses Staatsgerichtshofes sind endgültige Beschlüsse noch nicht gefasst, es ist nicht offen, ob die Mitglieder durch den Reichspräsidenten oder den Präsidenten des Reichsgerichts berufen werden sollen oder ob vielleicht ein Teil der Mitglieder durch den Reichspräsidenten, ein anderer durch die Reichsregierung, ein weiterer Teil durch den Reichstag und der Rest durch die Nationalversammlung bestimmt werden soll. Es wird auch die Frage erörtert, ob es zweckmäßig sei, die Mitglieder des Staatsgerichtshofes herbeizuziehen, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

über die Volksabstimmung in Schleswig verläuft offiziell, es seien von deutscher Seite keine Äußerungen abgegeben worden, insbesondere auch vom Provinziallandtag Schleswig-Holstein und von dem deutschen Ausschuss, von denen vor allem die Forderung vertreten wird, daß nicht nur in Mittelschleswig, sondern auch in Nordschleswig gemeinsame Abstimmung an Stelle der Gesamtabstimmung stattfinden und für die Abtretung einer Zweidrittel-Majorität erforderlich sein soll. Ein bestimmter Termin für die Abstimmung ist noch nicht festgesetzt, da aber die schleswigsche Frage einen Gegenstand der Friedensverhandlungen bilden soll, so wird man annehmen können, daß die Abstimmung bald nach dem Abschluß des Vorberichtes erfolgen wird.

Festsitzender Kommunaler-Streit in Berlin. Die kommunistische Partei hatte gleich nach Beendigung der letzten Spartakus-Innen bei für einen neuen Generalkongress in Berlin agitiert, der am 26. März beginnen sollte. Obwohl sie mit jedem nur denkbaren Mittel arbeitete, sind alle Anstrengungen vergebens gewesen. Die Arbeiterpartei hat ihnen die Gefolgschaft verweigert.

Die Befolgung des Reichspräsidenten. Wie amtlich mitgeteilt wird, werden dem Reichspräsidenten außer den 100.000 Mark monatlich keine anderen Bezüge gewährt. Das Gehalt ist nicht allein für seine persönlichen Bedürfnisse berechnet, es werden damit vor allem die Kosten für das Bureau des Präsidenten und die Gehälter für das Personal bestritten. Der Präsident wird genaue Rechnung ablegen und einen sich ergebenden Überschuss am Ende seines Provisoriums zurückzahlen. Die mehrheitssozialistische Fraktion wird demnach einen Antrag einbringen, daß dieser Gehalt durch den Haushaltsumschuß zu überprüfen ist.

Umwandlung von Tumultschäden. Täglich gehen beim Reichsministerium des Innern Anfragen von Forderungen auf Erlass von Geldern an Reich und Gut ein, die durch die mit den inneren Unruhen zusammenhängenden Kämpfe und Ausschreitungen verursacht sind. Es wird ausgedrückt, darauf hingewiesen, daß die Umwandlung von Tumultschäden bei den Reichsbehörden nicht die in den geltenden Tumultschäden vielfach vorgeschriebene Umwandlung der Forderungen bei den in den genannten Gebieten für halbjährlich erklärten Gemeinden erstehen kann; insbesondere wird durch die Umwandlung bei einer Reichsbehörde die Aufsichtspflicht für Geltendmachung eines Erlassens nicht gebührt.

General v. Sektions-Vorbes vermahnt sich gegen den ihm gemachten Vorwurf der gegenentwärtigen Meinung. Er habe vielmehr bei seinem Eintreffen in Berlin dem Reichsminister persönlich erklärt, daß, wenn er jetzt seine Dienste der bestehenden Regierung zur Verfügung stelle, dies in völlig anderer Weise geschehe. Irgend welche gegenwärtige Überlegungen habe er niemals gemacht.

Ein Protest der preussischen Bischöfe. Die preussischen Bischöfe haben gegen die ministerielle Verfügung betreffs des Religionsunterrichts an den Lehrerseminaren und ähnlichen Anstalten bei der preussischen Regierung durch den Kölner Erzbischof Kardinal von Hartmann Protest erhoben.

Keine Arbeitervertreter im Reichstag. Im Weimarer Verfassungsausschuss erklärte Reichsminister Dr. Preuß, daß die Vorlage über die Einbringung der Arbeitervertreter in die Verfassung noch nicht festgelegt sei, daß aber jedenfalls nicht beabsichtigt sei, den Arbeitervertretern eine Vertretung im Reichstag zu geben.

Osterreich.

Die Sperre über Kaiser Karls Vermögen ist bis auf weiteres von der Regierung verhängt worden. Diese Maßnahme soll solange bestehen bleiben, bis eine offizielle formelle Abklärung vorliegt. Außerdem handelt es sich um eine erhebliche Vermeidung, daß der Kaiser nichts unternehmen werde, was die Republik gefährden könne. Er müsse sich verpflichten, sich jeder Vandalen gegen die Republik zu enthalten. Was die Sperre des Vermögens anbelangt, so würde sich diese Maßnahme unter ähnlichen Umständen vollziehen, unter denen jenseitig Bismarck den sogenannten Weissenhof gegründet habe.

Frankreich.

Lloyd Georges Kampf gegen die Presse. Der Pariser Korrespondent der „Times“ berichtet, daß Lloyd George selbst eine Wäppliste gegen verschiedene französische Zeitungen gehalten habe, die seine eigenmächtige Haltung in der Vorkriegs kritisiert hätten. Lloyd George warf einigen Anzeigen vor, daß sie aus der Schule gepulvert hätten, drohte mit Verlegung der Friedenskonferenz nach einem neutralen Lande und verlangte schließlich eine Unterdrückung des Irregulären der Zensurkommission sowie disziplinarische Maßregelung der Journallisten, die sie veröffentlichten.

Die Militärregierung nach Ungarn wird augenblicklich im Obersten Kriegsrat eingehend erörtert. Es gehen von der ganz unzulänglich gestellten rumänischen Armee her die Entente an Ort und Stelle nur zwei französische und eine englische Division zur Verfügung

Man wird also erst beträchtliche Truppenmengen nach Ungarn versetzen müssen. Zum Chef der Expedition nach Ungarn ist General Mangin ausersehen.

Ungarn.

Genus Misstrauen. Lenin hat aus Moskau folgenden Forderung an die ungarische Regierung gerichtet: Bitte mitzuteilen, welche reelle Garantien Sie dafür haben, daß die neue ungarische Regierung wirklich kommunistisch, nicht nur einfach sozialistisch, das heißt sozial verräterisch ist. Es ist ganz sicher, daß infolge der eigenen Verhältnisse die ungarische Revolution als bloße Nachahmung unserer russischen Politik in ihren Einzelheiten zu einem Fehler wird; vor diesem Fehler muß ich warnen.

Rus In und Ausland.

Berlin. Der deutsche preussische Eisenbahnminister Hof ist zum Reichsminister ernannt worden.

Gotha. Da die Demokraten und Deutschnationalen eine Beteiligung ablehnten, so wählte die Landesversammlung ein ausschließlich unabhängiges Präsidium. Präsident wurde Wolf.

Wien. Wie aus Paris gemeldet wird, liegt für die Festlegung der deutsch-polnischen Grenze bereits ein Vorschlag der territorialen Kommission vor, nach dem Deutsch-Poln. Grenz etwa Neumarkt südlich Dogen bei Deutsch-Wertitz verläuft.

Brag. Der deutsche Botschafter Dr. Schwarz wird gegen Sicherheitsstellung aus der Zeit entlassen. Die Untersuchung geht weiter.

Amsterdam. „Times“ meldet aus Gelsingfors, daß trotz die Mobilisierung der Torpedoboot-Flottille auf der Nordsee beobachtet habe. Die Panzerkreuzer „Retowikow“ und „Wladimir“ erhielten Befehl, nach Kronstadt zu fahren.

Berlin. Durch die neue Seeresorganisation ist nach der Demobilisierung eine Umwandlung der Seeresorganisation notwendig geworden. Durch den Fortfall der Seeresorganisation wird den Seeresorganisation ein großer Teil ihres Arbeitsgebietes entzogen; fast dessen werden sie nun auch die Versorgungsangelegenheiten zu bearbeiten haben. Die im Besitz des Seeresorganisation befindlichen Unteroffiziere der Seeresorganisation sollen als Beamte der Wehrmacht Verwendung finden.

Innere Fischerei in Gefahr.

Berlin. In einzelnen Ostpreussischen und letzten parteipolitischen Antriebe im Gange, die sich gegen die im Ausland befindliche Fischereiflotte richten. Die Spartakisten verlangen die Ablieferung aller Fischereifahrzeuge in die Hände der Arbeiter- und Marinepartei.

Trochender Spartakisten in Württemberg. Stuttgart. Die Spartakisten entfalten in ganz Württemberg mit Hilfe geschulter ausländischer Kollaboranten eine heftige Tätigkeit für einen Generalkongress. Die Haltung der Mehrheitssozialisten ist noch unklar, da gewisse Gruppen unter ihnen sehr dem parteipolitischen Einfluss unterliegen, die Regierung trifft umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen.

Wichtige Spartakuskämpfe in Tangermünde. Magdeburg. Spartakisten führten in Tangermünde einen im Hafen liegenden Schleppzug mit Proletariat, der für den Grenzschutz bestimmt war. Sie plünderten die Schiffe aus. Herbeigerufenen Militär wurde mit Schüssen empfangen. Darauf machte die Truppe ebenfalls von ihrer Waffe Gebrauch, auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Den Truppen gelang es schließlich, den Kampf zu beenden.

Südbahn aus Serbien.

Belgrad. Die serbische Regierung hat an den französischen Oberbefehlshaber das Ersuchen gerichtet Serbien sofort Hilfe zu leisten, da es den Kampf gegen Ungarn allein nicht führen könne. Aber ganz Serbien wurde der Belagerungszustand verhängt.

Die Volksgewerkschaften in der Ukraine und Galizien. Budapest. Fünfjährige aus Moskau melden von der Ausbreitung des Bolschewismus in ganz Galizien. Entsprechend dem ukrainischen Truppen meinten. Die Volksgewerkschaften kämpfen schon im Namen von Nowo. Sie sollen dort eine ganze ukrainische Division gesungen gewonnen haben. Die Ententetruppen müssen sich zurückziehen.

Die Armeebildung in Ungarn. Budapest. Die neue Regierung hat eine Verordnung über die Ausbildung einer Volksarmee erlassen, die einen ergänzenden Bestandteil der roten Armee bildet und deren Mitglieder zu Kriegsdiensten jederzeit herangezogen werden können. Mit Aufstellung dieser roten Volksarmee hören sämtliche Folgebataillone auf.

Aufbruch in ganz Ägypten.

Basel. Der Aufbruch in Ägypten hat sich schnell über das ganze Land verbreitet. In Kairo kam es zu erneuten heftigen Straßenkämpfen zwischen Engländern und Einwohnern.

Amerika bewilligt kein Geld.

Rotterdam. Nach Meldungen aus Amerika ist man dort nicht gewillt, eine Anleihe für die Alliierten zum Kampf gegen die Bolschewisten zu bewilligen. Auch weigert man sich, Truppen zu stellen.

Amsterdam. „Times“ meldet aus Gelsingfors, daß die Bolschewisten ähnlich beunruhigt haben, daß die gesamte ausführende Gewalt in Zurecht alle betriebl. Unternehmungen in dieser Gegend beschlagnahmt und verstaatlicht hat.

Zur gek. Beachtung!

Dies ist die letzte Nummer im ersten Vierteljahr 1919. Wer von unsern Postbestellern beim Empfang derselben den „Ammerländer“ noch nicht aufs neue bestellt haben sollte, den bitten wir, dies nachmehr beim Postamt oder Briefträger sofort zu tun, da sonst die ersten Nummern des neuen Vierteljahrs nicht pünktlich eintreffen und für deren Nachlieferung eine Sondergebühr von 15 Pf. gezahlt werden muß.

Verlag des „Ammerländers“.

Zeitgemäße Betrachtungen.

Wenn eheben der Frühling kam — mit seinem Zauberhabe, — Und seine Herrschaft übernahm, — dann sank das Leid zu Grabe. — Doch heute sagt man sorgenvoll: — Man weiß nicht was noch werden soll, — Wann wird sich alles wenden, — den Wirtswurz zu beenden? —

Denn was man hört und was man liest — ist grade nicht erprießlich, — Und selbst der größte Optimist — wird unruhig und verdrießlich, — Im deutschen Lande herrscht die Not, — die deutsche Diktatur ist bedroht, — denn eifrig wirkt der Pole, — daß er sich Danzig hole! —

Was ist des deutschen Vaterland? — Wo ist sein Stolz geblieben, — da jeder Feind mit rauher Hand — kann schikanen nach Belieben. — Längst kommen Graz und Raubor — dem Tschedj-Glomanen böhmisch vor — und erberechtig wähen — in Schleswig sich die Dänen. —

Europa hat noch keine Ruß — und soll sie nicht bekommen. — Es gährt und brodelt immer zu, — das kann der Welt nicht kommen. — Im Osten wird mobilisiert, — das Bolschewistenheer majestät, — noch eh wir es vermuten — die Welt zu überfluten! —

In Ungarn liegt die Politik — beim Pr. Letariate, — Es zieht die Sowjet Republik — die Räte nun zu Räte. — Und warnend tönt zum Seinerstand: — Wenn man den Bogen überspannt — dann kommts zu solchem Schlusse — den Vorteil hat der Russe! —

Das mögen in Paris die Herrn — beherzigen und bedenken! — Es bleibt der Frieden leider fern — will man zu sehr uns fränken. — Auch sei die Forderung gestellt, — daß schleunigst die Wladode fällt, — Erst dann wird Brot und Frieden — den Darbenben beschicken. —

Nun weht ein frischer Frühlingwind — und mindert unser Bangen, — Die Lebensmittelpreise sind — bereits in See gegangen — O wären sie erst wieder da — mit Ladung von Amerika. — Speck, Weizen und so weiter, — das läßt uns gut!

(Nachdruck verboten)

Ernst Heiter.

Aus der Heimat — für die Heimat.

Weserlesede, 29. März 1919.

—(h) Bargelbloher Verkehr. Die Umkehr von den verletzten Gewohnheiten der Barzahlung und der Uebertragung zum Ueberweisungs- und Scheckverkehr ist im vaterländischen Interesse unbedingt erforderlich und für jeden Deutschen gerade in der Gegenwart eine Pflicht, der er sich nicht entziehen sollte. Dem fortgesetzten Anschwellen des Umlaufs an Noten und Kassenscheinen muß Einhalt geboten werden; denn durch diese Steigerung wird nicht nur die Entwertung des Geldes weitergefördert und so der Rückgang der Preise verlangsamt, auch unsere Valuta wird ungünstig beeinflusst und damit die Wiederaufnahme des Außenhandels erschwert, die für Deutschland eine Lebensfrage bedeutet. Bitte sich daher jeder ein Bankkonto zu und begleiche seine Zahlungen bargelblos. Er dient damit der Allgemeinheit und somit letzten Endes auch sich selber.

—(a) Die hiesige Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei hat für die Gemeinderats- u. Ortsausschüßwohlen — von dem Grundbesitz ausgehend, daß in dieser Parteipolitik nicht hineingehört — keine Parteimitglieder aufgestellt, sondern als Kandidaten Anhänger aller Parteien gewählt. Es kandidieren: a. für die Gemeinderatswahl: 1. Landwirt Gustav Hys-Linswege, 2. Landwirt Hermann Hobbie-Dohlt, 3. Kaufmann August Hübli-Weiserlesede, 4. Landwirt Dietrich Warmjen-Westerloh, 5. Landwirt Hans Henken-Halsber, 6. Landwirt Dietrich Harms-Horst, 7. Landwirt Dietrich Ramten-Gieselhorst, 8. Landwirt Dietrich Gerdes-Garnholt, 9. Maurer Wilhelm Detken-Weserlesede, 10. Landwirt Eil. Friedrich Otmanns-Sollwege, 11. Rentner Dietrich Ullen-Weserlesede, 12. Landwirt Jörg Wilken-Hüllsede, 13. Baumhülbenbesitzer Gerhard Böhlj-Klampereich, 14. Landmann Dietrich Gerdes-Petersfeld, 15. Landwirt Dietrich Hise-Lorsholt, 16. Arbeiter Georg Hofmann-Weserlesede, 17. Landmann Hermann Beiding-Rittenloherfeld, 18. Landwirt Georg Janssen-Dohlt.

b. für die Ortsausschüßwahl: 1. Apotheker Dr. E. Corlions, 2. Kaufm. Heinrich Steinfeld, 3. Sattlermeister J. H. Ullen, 4. Hotelbesitzer Hermann Cording, 5. Geschäftsführer Th. Bolte, 6. Zrl. Ella Ohmlede, 7. Gartenbauer Kau Alsmann, 8. Frau Auguste Wettermann, 9. Kaufmann Alfred Dietmann.

—(c) Staatszuschüsse für begabte Schulkinder. Das Direktorium gibt bekannt, daß für begabte Kinder unbenutzter Eltern Zuschüsse aus der Staatskasse gewährt werden können. Um ihnen den Besuch höherer Schulen zu ermöglichen. Die Zuschüsse können gegeben werden zu den Kosten der auswärtigen Unterbringung des Kindes, zu den Ausgaben für Eisenbahnfahrge, zur Beschaffung von Lehrmitteln, zu den vermehrenden Ausgaben für Kleidung usw.

—(d) 13. Preuß.-Südb. (230. Preussische) Klassenlotterie. Die Ziehung 4 Klasse beginnt am 8. n. Monats. Spieler werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Erneuerung unter Vorzeigung des Vorlosenslozes bis zum 2. n. Monats abends 6 Uhr erfolgen muß, sonst kann der Einnehmer über das Los anderweitig verfügen.

+ Am 1. April beginnen wir mit dem Abdruck des Romans „Zwischen Haß und Liebe“, von Erich Eberstein. Ein spannender Roman, in dem der bekannte Verfasser mit geschickter Hand die Fäden nicht alltäglichen Geschehens zu knüpfen und wieder zu entwirren weiß. Wir lernen die Abgründe einer Menschenliebe kennen, die uns schauern macht, wir erleben das grandiose Schauspiel eines Menschen, der zwischen Haß und Liebe unheilvoll hin- und hergeworfen, zum Verbrecher wird. Der Verfasser weiß die an Sensationen reiche Handlung immer spannender zu gestalten.

—(2) Schleichhandel und Wucher stehen nach wie vor in schönster Blüte. Allgemein ist man geneigt dem Landwirt die Hauptschuld, davon bezumessen. Ganz mit Unrecht! Leider haben sich ja auch einzelne Landwirte verführen lassen, sich an diesen schändlichen Sachen zu beteiligen, zum schweren Schaden der Allgemeinheit und zum schweren Schaden der Landwirtschaft selbst. Der eigentliche Sitz des Schleichhandels und des Wuchers ist aber bei ganz anderen Kreisen. Viele Landwirte sind erst durch die Not dazu gekommen, Erzeugnisse im Umlauf gegen notwendige Waren (Schuhe, Kleider, Petroleum, Kunststoffe) zu liefern, die dann zu hohen Preisen in den Schleichhandel kommen. Viele Erzeugnisse, die von Landwirten aus Güterherzigkeit an harmlos scheinende Händler abgegeben sind, erscheinen ebenfalls nachher zu Wucherpreisen im Handel. Wie unverdächtig die Landwirte mit dem so notwendigen Kunststoffe behuchert werden, dafür haben wir viele einwandfreie Unterlagen. Gute Ware, unter Gehaltsgarantie, hat die gelegentlich Höchstpreise: Ammoniak 28 Mk., Salpeter 30 Mk., Thomasmehl (16°) 6 Mk., Kalisalz (20°) 3,50 Mk., Chlorlauge 11 Mk. je Zentner. Die Schleichhandelspreise, ohne Gehaltsgehalt, betragen bei Ammoniak 70-75 Mk., Salpeter 56 Mk., Thomasmehl 18-24 Mk., 20° Kalisalz 11 Mk., Chlorlauge 38 Mk. Dabei stehen dem Schleichhandel schätzungsweise die fünfjährigen Mengen zu Gebote, wie dem ordnungsmäßigen Handel.

Nun könnte der Einwand erhoben werden, daß die Marktplanwirte mit ihrem Stallbürger auch Wucher betreiben. In Wirklichkeit sind sie aber gern bereit, soweit sie Stallbürger wirklich abgeben können, denselben gegen Holz, Torf und Stroh oder ähnliche Erzeugnisse von Moor und Geest in altem Preisverhältnis in Tausch zu geben. Es ist dringend notwendig, daß die im Inland erzeugten Düngemittel der deutschen Landwirtschaft reiflos zum Höchstpreise geliefert werden. Durch die Wucherpreise wird die Erzeugung in unerhörter Weise vermindert und beschränkt. Der heutige Weg der Beförderung, die Fortsetzung der no-leidenden Bevölkerung mit Nahrungsmitteln durch „reislose“ Erzeugung, zu verbessern, ist ein Holzweg. Er führt nie zum Ziel, sondern verzögert nur das Unheil. Der einzige Ausweg ist: Förderung der Erzeugung. In dieser Richtung haben sich die Behörden schwere Verläumdungen zu Schulden kommen lassen. Die Zwangswirtschaft hat auf den meisten Gebieten derartig Schicksal gelitten, daß sie über kurz oder lang zusammenbrechen wird, wenn nicht sofort auf einen planmäßigen Abbau hingearbeitet wird. Wucher und Schleichhandel werden erst mit der freien Wirtschaft und der dadurch bedingten Förderung der Erzeugung verschwinden.

□ Gieselhorst. In der gestrigen Nacht sind dem Landmann Brunken 37 gute Hühler aus dem in der Nähe des Wohnhauses liegenden Stalle gestohlen worden. Einen blutigen Hühnerkopf haben die Diebe voll beschaffter Tüde auf dem Schwalpke über die Schenke zurück gelassen.

◇ Wad Zwischenbahn. Schon seit längerer Zeit haben sich hier einige junge Leute vereinigt zu dem Zweck, Unterhaltung und Geselligkeit zu pflegen. Nach einer heutigen Anzeige in diesem Blatte veranstalteten sie nun am Sonnabend den 5. April, in Meyer's Hotel einen großen Unterhaltungsabend, wozu der Reinertrag lediglich unseren Kriegsgesangenen und Kriegsbefähigten zugute kommt. Es ist also eine Veranstaltung die nur guten Zwecken dient und durch die manchem unserer so schwer geprüften Brüder eine Freude bereitet werden kann. — Die für den Abend gewählte Vortragsfolge ist auch so gestellt, daß allen Teilen genügt wird, indem die erste Hälfte des Programms dem Ernste der Zeit Rechnung trägt durch entsprechende Vorträge über Kriegsgesangene und Kriegsbefähigten und in dem zweiten Teil einige humoristische Sachen dargeboten werden. Auch für gute Musik ist gesorgt, die von den besten Kräften der Kapelle des Inf.-Reg. 91 ausgeführt wird. — Der Abend wird also ein in jeder Hinsicht genussreicher sein und der Besuch desselben kann in Anbetracht der Ziele, die er hat, nur warm empfohlen werden.

— Auch der Jucker zum Teil freigegeben. Aus Weimar wird gemeldet, daß auch die Zuckerrationierung zum großen Teil aufgehoben ist, und zwar bleibt nur noch etwa sieben Zwölftel unserer Zuckerproduktion beschlagnahmt und der beschlagnahmten Verteilung vorbehalten, während der übrige Teil dem Handel freigegeben wird. Für den Verkauf dieses freigegebenen Zuckers werden Richtlinien ausgearbeitet, an denen die Hamburger Zuckerhandelsfirmen mit beteiligt werden. Der Zuckerrübenpreis soll um 4,50 bis 5 Mark pro Zentner erhöht werden.

⊕ Westerschep. Ein wohlgeunger Gesellschaftsabend wurde am vergangenen Sonntag in Fr. Harms Gasthof in Westerschep von hier aus zugunsten der Blinden in Oldenburg veranstaltet. Es gelangten 5 Theaterstücke und 3 Couplets zur Aufführung, die alle reichen Beifall ernteten von der überaus zahlreichen Zuschauermenge, die der Saal kaum faßte. Der Abend erfüllte seinen Zweck, wurde doch die nette Summe von 436,06 Mark erzielt. Den Blinden, für die auch noch eine Sammlung veranstaltet worden war, soll 236 Mark überwiesen werden. Der Rest des Ertrages ist zu anderen wohltätigen Zwecken bestimmt. — Den freudigen Gebern herzlichen Dank!

— (h) Olde burg, 29. März. Mit Beginn des neuen Schuljahres wird in den städtischen Mittel- und höheren Schulen das gestaffelte Schulgeld nach dem Einkommen der Eltern eingeführt und gleichzeitig eine allgemeine Erhöhung des Schulgeldes eintritt. — Um die vielen Langbeinigen einzuführen, haben die Verwaltungen von Stadt und Amt Oldenburg Grundbesitz aufgestellt, nach denen in Zukunft das Taxen erlaubt sein soll. — Die Deutsche Volkspartei veranlaßte heute in der Union eine Kundgebung gegen die Errichtung einer Westdeutschen Republik. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in der man sich entschieden gegen diese neue Republik aussprach. — Der Viehverwertungsverband beschäftigte sich heute eingehend mit den hohen Preisen für Getreide. Es wurde einstimmig die Ansicht vertreten, daß der heutige Zustand baldmöglichst geändert werden muß, wenn die kleinen Schweinezüchter mit Getreide versorgt werden sollen. Entsprechende Maßnahmen stehen bevor.

— (Aus dem Landtage). Der Abgeordnete ging heute der Entwurf eines Gesetzes betr. die Landtagswahl zu. Der Gesetzentwurf wiederholt im wesentlichen die Bestimmungen des Gesetzes betr. die Wahlen zur verfassunggebenden oldenburgischen Landesversammlung und der ihm beigefügten Wahlordnung. Wahlberechtigt sind alle wahlberechtigten Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet und seit mindestens einem Jahre ihren Wohnsitz im Freistaat Oldenburg haben. Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltag das 25. Lebensjahr vollendet haben. Die Provinz Oldenburg bildet den ersten, Lübeck den zweiten, Birkenfeld den dritten Wahlkreis. Im ersten Wahlkreis sind 89, im zweiten 4, im dritten 5 Abgeordnete zu wählen. Die Listenprüfung ist wieder zugelassen. — Die Wahlen zum Landtage finden voraussichtlich im Herbst (September) statt.

— * Delmenhorst Spielende Kinder fanden in der Dichtung hinter Hasbergen eine in einen Sack gefüllte Leiche, die nach dem hiesigen Krankenhaus gebracht und als Frau des Lehrers Hübeler aus Letha bei Alshorn festgestellt wurde. Sie war im vorigen Monat nach Bremen gestiftet und nicht zurückgeführt. Allem Anscheine nach handelt es sich hier um ein Verbrechen.

— (o) Ut Dreesland 't is noch peet alle Dage Abend. De Vintjes piepen van de Daden: Wat sind dat för Saken, nu willen se de Vintebau nu jilium doch neet maken, 't was nu gien Wunder, wenn uns de Galle darbi oerleek nu mi uns up de Brullen imeten. Man — neet to maken. Wi gahst bartegen an mi uns vergeltt kopp, meent du? Ne, fründliks, in d' lantreke Begentum, wi spolen mit. Wi weten best, wat ständs d' vroe hört, so 'n Bau uttoefögen, wie besorgen de Bedenken: welt weel, wat mörgen kummt, is doch nix later as de Unsekerheit, ist doch nix fütiger as de Wessel. Alles dat kann uns de Hoopung, kann uns den Moei neet nehmen. Wi soeken na 'n Weg, de uns darbi brengt, wor wi hennwillen: na jilium up of na heef, blot „jerk an den Sped“. Daer tuerdend Hektar liggen braef, de Landhunger is groot. Wie wäle Winksen kunnen neet alleen in uns Knapp Arbeit un Brot finnen, wenn nu wenn wi neet se achtero leggen: dat kuten brauf de lute Strom van de Tied, wi hören nix un leggen uns up 't Eiet. Wat d'r nu gebören soll, dat will'n wi hier neet unmaner verpoojmenteren, man fael neet ut de Schoole twedeln, man dar geiht wat vör, man weet blot neet wat. Wachten wi dat Wiedere op. Merri ne, kinner, wat fall d'r nu gebören? Wat is so emigen in de krome faren? Wit eenmal sind de Kriegsbefäh, de vörige Wäele noch 19,90 Hülen fullen, up 9 Mark fact, Giesel mit Erghilf van 20,10 up 5 Mark, ut Tug op Seilboel mit 24,40 up 7,50 Mark. Wo kummt dat? Man steiht verhoel. Gebben de Knopp ammers soöl mehr nomen? Dat is neet möglik, man dor neet een Winkel loek ut. — Appelfinen un Zitronen sind d'r of weer. Als kind kenne man de blot van Hörenjegenen naber was 't nix kees, wenn un Wienenstien alles vull Schille legg. De nu 20-jährigen kenne de Appelfinen neet so minna, as wi se kenne, do wi sef Jahr up den Budeel har'n, un so bier as damals sind se nu of. War man 1914 een ull Dugend för kriegen kann, kann man nu een loeren. Dat geiht egenheit noch: 1912 hört vör Dieren, betahde man för 'ne Stiege (20) Eier acht kochten, nu för een Ei 'ne Mark. Ungelunden Tieden, de juk bold ännern matten, wenn Nief un Staat neet dat Ulfreien kriegen jölen.

Bücherchau.

Handbuch des guten Tones und der feinen Sitte von Konstantin von Frank, 29 verbesserte Auflage, 304 S. iten. Preis voneem gebunden Mk. 5,20. Moz. H. J. Verlag, Berlin W. 15.

Von all den schlichten Büchern der gleichen Art ist uns keines bekannt das so viele Vordräge in sich ereinigt wie gerade dieses. Es ist geschmackvoll und vornehm ausgefallt, behandelte feinen Stoff meistergelitt und erschöpfend und ist ä fast billig. Nichts von blutere, steilen Fräntlichkeiten. Brecall geht Verfeinerung der äußeren Formen mit innerer Veredlung, hies Höflichkeit mit Gerechtigkeit Hand in Hand. Selbst der Erweichung, der gesellschaftlich genusselbige wird vieles aus dem Buche lernen. Kein Alir kein Stand, keine Lebenslage ist unberücksichtigt gelassen. Lebensfälle möchten wir das Buch als b feres Geschenk zu Eltern, Geburts- oder Kranenstag wärmstens empfehlen. S.

Ein neuer Weg zum Erwerb des Eigenheims. Das Bäckereibrot für 1000 Mark. Wie ich mit meinem Juncen das Bäckereibrot mit eru gen Deutschen Kriegst-Itedernern und Familienmitgliedern als Wasserbeispiel sozialer Selbsthilfe dargestellt. Von Heinz E. Hermann. Mit 80 Abbildungen, Hausbesitzpreis um 20 Tausend Mark 1,85 (Brot 15 Pf.) Heimkultur, Wiesbaden. Postfachkonto Frankfurt a M. 2880.

Jede Familie kann sich nach dem Beispiel dieses tüchtigen Schulmannes mit eigenen Kräften ein Hauschen selbst errichten, nur des Grundbesitz ist dazu nötig, das Baumaterial wird aus der Baugruben (Keller) etc gewonnen und ergibt im Heimkultur Volks-bon Hüner von 10-jähriger Standfestigkeit. Ausführliche Anleitungen für die Bauweise enthält das große Werk von E. P. ur, „Heimkultur-Bauweisen“, die Volksbauweise der Zukunft (15 Mk gebunden 18 Mk.) mit 600 Abbildungen und Hausbesitzpreis, Anleitungen zum Selbstbau, wie sie der Verfasser benutzte, also auch für jeden anderen Luten anwendbar.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Eilers in Weserlesede. Druck und Verlag von Gerhard Ries in Weserlesede.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung

über die Anzeige- und Meldepflicht für die diesjährige Anbau- und Ernteflächen-erhebung.

Durch Verordnung vom 2. März 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 269) hat der Reichsernährungsminister die Vornahme einer Anbau- und Ernteflächen-erhebung in der Zeit vom 5. bis 31. Mai 1919 angeordnet.

Es ist die Pflicht eines jeden Grundbesizers und landwirtschaftlichen Betriebsinhabers, dazu beizutragen, daß die diesjährige Anbau- und Ernteflächen-erhebung ein richtiges Ergebnis hat. Grundbesitzer und Betriebsinhaber, die diese Pflicht veräumen, machen sich strafbar und laufen Gefahr, später zu größeren Abstellungen herangezogen zu werden, als der von ihnen bebauten Fläche entspricht.

Auf Grund der §§ 7 Absatz 1 und 9 der oben genannten Verordnung wird bestimmt:

1. Jeder, der Land verpachtet oder sonst zur entgeltlichen oder unentgeltlichen Nutzung (als Dienstland, Deputatland, Ackerfeld oder auf sonstige Weise) ausgegeben hat, ist verpflichtet, binnen 14 Tagen dem Vorstand der Gemeinde (Bürgermeister), in welcher das Grundstück liegt, schriftlich oder zu Protokoll anzugeben:

- a. die Namen seiner Pächter (Nutznießer usw.),
b. die Größe der einem jeden derselben verpachteten oder sonst ausgegebenen Fläche.

Diejenigen, welche eine zusammenhängende Fläche in kleineren Stücken an verschiedene Personen zur gartenmäßigen Nutzung für ihren eigenen Haushalt abgegeben haben (Säckerbänke, Laubenkolonien oder dgl.), brauchen die Namen der einzelnen Pächter (Nutznießer usw.) nicht anzugeben. Es genügt in diesem Falle die Angabe der Größe des so ausgegebenen Landes und der Zahl der Pächter (Nutznießer usw.). Ueber die Zulässigkeit der summarischen Angabe hat im Zweifel der Gemeindevorstand (Bürgermeister) zu entscheiden.

2. Jeder Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebes oder Wirtschafters einer landwirtschaftlich benutzten Fläche hat in der Zeit vom 5. bis 31. Mai dem Gemeindevorstand (Bürgermeister) oder einer von ihm beauftragten Person mündlich alle Angaben über die Nutzung seines Landes, insbesondere über den Anbau von Feldfrüchten zu machen, die der Gemeindevorstand (Bürgermeister) zur Ausfüllung der Datensätze bedarf. Er ist verpflichtet, hierzu einer Vorladung zum persönlichen Erscheinen zu folgen. Betriebsinhaber, die Grundstücke außerhalb der Gemeinde (Bürgermeisterei) ihres Betriebes bewirtschaften, haben die Angaben — und zwar für jede einzelne Gemeinde (Bürgermeisterei), in der solche Grundstücke liegen, besonders — bei dem Gemeindevorstand (Bürgermeister) ihres Wohnortes schriftlich oder zu Protokoll zu erklären.

3. Alle Grundstückeigentümer, Wirtschaftler und ihre Stellvertreter sind nach § 7 Absatz 2 der Verordnung des Reichsernährungsministers verpflichtet, den mit der Erhebung beauftragten Personen zu gestatten, daß sie zur Ermittlung richtiger Angaben über die Erntefläche ihre Grundstücke betreten und Messungen vornehmen. Auch haben sie diesen Personen auf Verlangen Einsicht in ihre Geschäftsbücher zu gewähren.

4. Wer so föhlich die Angaben, zu denen er auf Grund der Verordnung des Reichsernährungsministers und dieser Bekanntmachung verpflichtet ist, nicht oder wesentlich unrichtig oder unvollständig macht oder sich den oben unter 3. § 3 erwähnten Anordnungen widersetzt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Wer schließlich die obigen Angaben nicht oder unrichtig oder unvollständig macht, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft.

Die Erhebung dient als Grundlage des den Verbrauch der wichtigsten Nahrungs- und Futtermittel für das kommende Wirtschaftsjahr regelnden Wirtschaftsplanes. Alle Beteiligten müssen es als vaterländische Pflicht betrachten, mit Verständnis und Hingebung zur gewissenhaften Durchführung der Erhebung beizutragen.

Oldenburg, den 27. März 1919.

Direktorium.

Abteilung des Innern: Schaez.

Amtsverband des Amtverbandes.

Westerheide, den 25. März 1919.

Das Reichsernährungsministerium hat die wöchentliche Fleischmenge für Erwachsene auf 100 Gramm und für Kinder unter 6 Jahren auf 50 Gramm herabgesetzt. Für die Gemeinde Apen als anerkannte Zubehörs- und Fleckengemeinde bestehen 200 Gramm für Erwachsene und 100 Gramm für Kinder.

S. W. Williams.

Amt Westerheide.

Westerheide, den 27. März 1919.

Das Amt hat einen 14-jährigen gesunden Jungen an einen Handwerker oder Landwirt zu vergeben.

Münzebrod.

Amt Westerheide.

Westerheide, den 27. März 1919.

Die Aufsicht über den in Tebdeloh 1 belegenen Staatlichen Wegebekleiden ist dem Rötter Karl Blanke, Tebdeloh wieder übertragen.

Sich begleichen:

- 1. für ein Fuder (1 cbm) Kies 0,50 M.
2. „ „ (1 cbm) Lehm 0,50 M.
3. für die Ausfuhr eines für ein Jahr gültigen Scheines, nach dem im Laufe des Jahres 8 Fuder von gewöhnlichem Sand entnommen werden dürfen 0,80 M.

Die Entnahme und das Abfahren von Sand, Kies usw. darf nur nach Anweisung des Aufsehers geschehen. Uebertretungen werden mit Geldstrafe und dauernder Erlaubnisentziehung bestraft.

Den Eingefahrenen der Gemeinde Edewescht wird bis auf weiteres gestattet, jährlich bis zu 8 Fuder Sand aus dem Pladen zu entnehmen.

Besondere bei dem Aufseher zu erstrogende Bestimmungen gelten für den Zieglerbesitzer Ottmann zu Tebdeloh 1 und die Kolonisten in Wildenbiemoor nördlich und südlich der Amtsgrenze. Münzebrod.

Aufruf

Zum Schutz des Oldenburger Landes ist beim Oldenburgischen Dragoner-Regiment Nr. 19 eine

Freiwilligen-Eskadron

aufgestellt. Entlassene Unteroffiziere und Mannschaften der berittenen Waffen, denen das Wohl der Heimat am Herzen liegt, sind in unseren Reihen willkommen.

Besonderes Abzeichen auf dem linken Oberarm: Blau-roter Winkel mit zwei gekreuzten Pferdeköpfen.

Alle Freiwilligen verpflichten sich zum Schutz der Heimat zur Aufrückhaltung der Ruhe und Ordnung und zur strengsten Manneszucht. Verpflichtung auf 1 Monat mit 14tägiger Kündigung am 1. und 15. jeden Monats.

Unteroffiziere und Mannschaften erhalten eine Grundlohnung von 30 Mark und eine tägliche Zulage von 5 Mark. Freie Unterkunft und Verpflegung. Militärpapiere (Paß, Soldbuch und Entlassungsschein) mitbringen. Nur völlig gesunde Leute wollen sich melden.

Freiwilligen Eskadron des Oldenb. Dragoner-Regts. Nr. 19.

Frhr. v. Frydag,

Rittmeister und Führer.

Immobil-Verkauf.

(Rehter Termin) Die dem Hausmann Joh. Claus zu Torsholt gehörigen, bei Dohlt — Oldenheide — belegenen

Immobilien

vor einigen Jahren neu erbautes Wohnhaus mit Stall und Schweinezucht für 300 bis 400 Schweine, sowie

43,5588 Hektar (512 5/5) Ländereien

sollen öffentlich meistbietend verkauft werden und wird hierzu letzter Termin angesetzt auf

Dienstag den 8. April,

nachmittags 2 Uhr,

in Dierks Wirtshaus zu Torsholt.

Von den Ländereien sind 150 Sch. S. Bau, 300 Sch. S. Weide, der Rest Feldländereien. Sämtliche Ländereien sind guter Bonität, die Mästel ist praktisch eingerichtet und kann der Verkauf im ganzen oder in jeder gewünschten Teilung geschehen.

Bei irgend hinlänglichem Gebot kann in diesem Termin der Zuschlag erfolgen.

Westerheide.

G. Kooh, Amt.

Düngerstreuer

„Felsen“

sind wieder vorrätig bei

Jke Baumann.

Junger Mann sucht in

Wohnung

mit voller Pension. Angebote unter R. Z. an die Geschäftsstelle d. Bl.

Achtung!

Brautleute!

Wir haben im Auftrage eine kurze Zeit benutzte, so gut wie neu erhaltene

nussbaum polierte Salon-Einrichtung

mit grau-bläuelm Büsch bezogen (Friedensware), bestehend aus 1 Sofa mit Umbau, 2 Sesseln, 4 Stühlen, 2 Fußhänken (alles gepolstert), 1 Salonschrank, 1 Ausziehtisch, großem Trumeaupiegel, Serviertisch und extra großem Teppich, preiswert zu verkaufen.

Gebrüder Bruns, Augustfehn,

mechanische Tischlerei.

Besichtigung kann in unseren Lagerräumen zu jeder Tageszeit erfolgen.

Gastwirt D. Reinken in

Südholt läßt

Dienstag d. 8. April,

nachm. 6 Uhr,

einen bei seinem Hause stehenden, massiv erbauten

Schweine-stall

zum Abbruch 12,30 mal 6

Meter groß, sowie

1 neues zweifl. pischp

Fenster und

1 gr. Wassertronn mit

Leitung

öffentlich meistbietend verkaufen

Westerheide.

G. Kooh, Amt.

Edewesch t. Der Vormund über den minderjährigen G. H. Hottenburg in Westerschaeps läßt am

Dienstag den 8. April,

nachm. 2 Uhr,

in und bei der Wohnung

seines Pupillen



1 Kuh, im Juni kalbend,

1 Quene, im Juni kalb.,

1 Stier, 1 Jahr alt,

10 Säuer, 1 Hahn,

1 Kleiderschrank, 1 Glas-

schrank, 1 Pult, 1 Koffer,

1 Kiste, 3 Tische, Kochtisch,

125 Liter, gr. eis. Topf, 1

Steinöfö, 1 Mehlste,

Schneidbade mit Messer, 1

Kopelzarte, 1 Postkarte,

Spaten, Fellen, 1 Senfe, 1

Heidelense, 1 Siegel, 1 Wirt-

maschine, 1 Haarspit und

Hammer, 1 Pfing, 1 Ege,

2 Beile, Kuttern, 1 Milch-

Küßel, 1 Fleischbrade, 1

Ep narad, 1 Staubmühle,

Dreißtelgel, Butterkare u.

andere hier nicht benannte

Sachen

öffentlich meistb. mit Zahlungs-

frist verkaufen.

Kaufliebhaber ladet ein

Weinkenken, Amt.

Ein schönes

Bullkalb

und ein wachsender

Hund

zu verkaufen.

G. Focken, Hausen.

Suche bei sofortiger Abnahme

15 bis 20 gute

Ferkel

zu kaufen für guten Preis.

H. Schröder.

Gefucht auf 1. Mai 1919 auf

erste Landhypothek

10 000 Mark.

Offerten unter 3147 an die

Geschäftsstelle d. Bl.

Lehrling

für meine Klempner- und elek-

trischen Installationsgeschäfts-

Carl Senft, Apen.

Gefucht per sofort evtl. 1. Mai

ein

Dienstmädchen

für landw. Haushalt.

Zu melden bei

Johann Kruse, Augustfehn 203

Landesarbeitsnachweis

Büchsenapen.

Gefucht zu 1. Mai für frauen-

bürgerl. Haushalt (2 Kinder) in

Oldenburg

Haushälterin

nicht u. 30 J.

Hauptarbeitsnachweis

Oldenburg.

Gefucht zum 1. Mai in We-

sterheide oder nächster Umgebung,

eine

kleine Wohnung

für einen Beamten. Angebote

unter Nr. 3149 an die Gesch. d. B.

Zwei 6 Wochen alte

Schafstämmer

(1 Weib und 1 Kalb) zu ver-

kaufen. F. Müller, Apen.

Gehrock-Anzug

für mittlere Figur zu verkaufen.

Poststraße 287.

Offizier-Sattel

u. Zaumzeug, wie neu, nach

dem Lande preiswert zu verkaufen

oder zu vertauschen.

Geversen, Oldenburg,

Dieneststraße 7.

Ia. Seradella

ist eingetroffen bei

F. Baumann.

Bestellen Samen bitte abholen.

Leinsamen

auf Anbauwert äge liefert

Ike Baumann.

Bilder

rahmt schnell und sauber

H. Wehlan

Offiziere selbstliegend

1. Kautablat (nar. rein)

1 Roll (40—45 auf 1 Bfd. Mk.

52,— p. Bund, 1 Stano (25 Stk.

auf 1 Bund Mark 28,50 p. Bund.

Mindestabnahme: 1 Bund und

1 Bund.

2. Kautablat (nar. rein)

„Edel“ Mk. 2,35, „Prima“ Mk.

2,80, „Extra“ Mk. 2,85, t. eleg.

50 Gr. Packungen. Mindestab-

nahme: je 5 Pak. Bestellungen

über Mark 150 Porto u. Ver-

packungsf. et. Versand nur gegen

Nachnahme.

Früh Edwin Kackeritz, Berlin

54, Burgstr. 30, Fil. d. Fa. P.

Greif & Co.

Erhält eine große Sendung

Spaten,

Harken u. sonst. Gartengeräte.

J. Bücking.

Rum f. Irisher Samen
(Eckerdorfer, gelb u. rot),
Stückrup u. Mammuth,
Steckrübensamen
(Wilhelmsburger),
Kuhlohl
(blauer Dickstrunk),
Wurzeln
(halb lange, rote),
Wurzeln
(gelbe, grünköpfige)
ist wieder vorrätig bei

Ike Baumann.

Schafe,

eventuell auch Schafe mit
Lämmern, und bitten um
Angebot.

Gebr. Polak.

Ein erkranktes trächtiges
Schaf,
welches Mitte April kommt, zu
verkaufen. Helms. Schröder.

Mehrere staechende eiserne
oder hölzerne

Prähme

von 30 - 50 Tons Tragfähig-
keit, zu mieten oder zu kaufen
gesucht. Schulze u. Bruns,
Keeberet Papenburg, Ems.

Holzschuhe

mit Lederkissen. Ebenso einen
Posten garantiert reinen

Kautabak

empfiehlt nur ein Wiederverkäufer
Heinrich Schöpfer,
Oldenburg.

Bokel.

Gras- und Kleesamen
gelbe Eckerdorfer
Runkel- u. Steckrüben-
samen, Dickstrunk
Kohlsamen

in der Firma Ernst & Co. Spreckelsen
Hamburg, vorrätig

Herm. Kramer.

Arbeitspferde

darunter eine hochtragende Stute,
preiswert zu verkaufen.
H. Abrechts, Apen.

Landwirtschaftliche
Bezugs Genossenschaft
Holtwege.

Am Dienstag 1. April, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, Verteilung von
Stidkoffdünger.
Der Vorstand

Wirt- Verein Weterheide.

Dienstag den 8. April,
nachm 5 Uhr,

Versammlung
beim Koll. Louis Becker.

Vortrag
des Handelskammer-Sekretärs
Töpfer. — Verschiedenes.
Die Mitglieder werden gebeten,
zu dieser Versammlung zeitig ge-
nug zu erscheinen, um über neue,
in das Gastwirtschaftswesen ein-
schneidende Beschäftigungen
aufgeklärt zu werden.
Der Vorstand.

Auktion in Oldenburg.

In Auftrage werde ich am
Mittwoch den 2. u. Freitag den 4. April,
anfang pünktlich 2 Uhr nachm.,
in der **Wagenremise, Ecke Post u. Mühlenstraße**
hierseits folgende Sachen als:

90 Stühle, darunter befinden sich mahg., nussb.,
eich., Kirschholz mit und ohne Plüschbezug und Säden
bezug), 23 Särge (1., 2. u. 3tör.) 3 Staffeleien,
verschiedene Zierische (in mahg. und verguldet),
1 Aquarium m. Springfontaine, 3 mahg. Sessel, 1
Sofa und 4 Sessel (Seidenbezug), 4 Rordelplüsch
sessel, 3 Weischieme, 1 bo m. mahg. Rahmen, 1 bo
m. Sudezel, 1 Dös-a-Dös-Sessel, 10 Klappstisch,
22 verschiedene Tische (große, kleine und runde), 2
Plüschische m. Leder, 1 mahg. Gager, 2 nussb. do.,
4 Kommoden, 3 Weischiemen, 2 Oenoolische, 3 Mahf-
tische, 3 Nachtschrank, 10 Wees, 2 Balle, 5 Pa-
pangelbau r, 2 Fahrrad, 1 bo. für Kinder, 1 Kög-
gatenbank und 3 do. Stühle, 1 m. s. s. Blumen-
arrangement, Bücherborden, Blumentippe, m. s. s.
Blumentafel, 2 Sessel und 1 Kl. Tisch (Seide bezug),
2 Korbjessel, Fußbänke, mahg. Klappische, maha.
Epletisch, do. Sofa, 1 großes Schlafsofa, 2 Hölde
m. Tischplatte, 1 mahg. Sofa m. Seidenbezug, 1
nussb. Schreibtisch, 1 bo. Pallastisch, 1 Kinderlofa
und 3 Sessel, verfab. Handtuchhalter, 2 haibrunde
Tische, 1 Sessel m. Plüschbezug, 1 Tisch m. Kugel-
spiel, 1 weißes Tisch, 1 Tisch, 1 große Wand-
garderobe, 1 mahg. S. Leier, 1 Gartentisch, 3 ranbe
eis. Tische, versch. Blumenständer, 1 reichhaltig ge-
schmückte Leuchendank, 1 eich. Diplomatschreibtisch, 1
nussb. Damenschreibtisch, 1 großen Spiegel und viele
hier nicht genannte Sachen

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkaufen.
Kauflusthaber ladet ein
R. Schwabe, Auktionator.
Oldenburg Lappan 5. Fernruf 1529

Landw. Bezugs genossenschaft Ammerland
e. G. m. b. H.
Zwischenahn.

Ueber das bei uns bestellte Saatgut
Hafer, Weizen, Gerste,
erfuchen wir unverzüglich die Saatkarten einzuliefern.
Der Vorstand.

Zwischenahn.

Da ich jetzt noch ein großes Lager in Gefaschellen habe und die-
selben zur Gebrauchzeit sehr knapp sein werden, bitte ich die Herrn
Landwirte, schon jetzt die

reparaturbedürftigen Maschinen

zur Instandsetzung bringen zu wollen.
Gerhard Sandstede

Freundlichstliche Vereinigung
Zwischenahn
Am Sonnabend den 5. April, abends 8 Uhr,
in **Meyers Hotel:**
Großer
Unterhaltungs-
Abend,
dissen Reinertrag lebighlt den Kriegesgefangenen
unserer Gemeinde und dem Verein für Kriegs-
beschädigte, Zwischenahn, zugute kommt.
Karten im Vorverkauf 1.50 Mk., an der Abendkasse
2 Mark
Vorverkauf findet statt bei: Herrn Fr. Bruns jr.,
Herrn Karl Eidmann, Herrn Karl Lange
und in Meyers Hotel für Zwischenahn, Herrn
Gastwirt D. zur Lohr, Elmendorf und im
Ammerländischen Bauernhause.

Zwischenahn.
Zu verkaufen fünf b. ste



Arbeitspferde,
darunter sichere Einpänner.
R. Janssen.

ff. gebr. Kaffee
ff. Tee
ist wieder vorrätig.
Bernhard Strothoff.



Zornverein Weterheide.
Am Sonnabend den 5. April,
abends pünktlich 8 1/2 Uhr,
General - Versammlung
Tagesordnung:
Rechnungsablage, Voranschlag,
Erfassungswahlen, Verchiedenes.
Nächster: Gejellschafts Beisam-
menfester.
Die Monatsversammlung am
8. April fällt aus.
Alle Mitglieder, denen ein
Wiederanzulügen des Vereites
am Herzen liegt, müssen er-
scheinen. **Der Turarat.**

Hüllstede.

Am Sonntag den 13. April:
Großer Ball

Anfang 5 Uhr.
Eintritt 1 Mk., wofür freier Tanz.
Es ladet freundlich ein
G. Dantemann.

Halsbek.

Sonntag den 13. April:
Großer Ball

Eintritt 1.50 Mark,
wofür freier Tanz,
wogu freunds. einladet
W. Grünjed.

Hinderk v. Lengen

und Frau
Mariechen geb. Büll
Stohl, den 28. 3. 1919.

Ochoft.

Statt Karten!
Für die wohlthuende Teil-
nahme in Wort und Tat danken
herzlichst
H. Ohlenbusch
und Kinder

Danksagung.

Für die so vielen Beweise
herlicher Teilnahme bei dem
Hingeben meiner lieben guten
Frau, meiner Kinder treusorgen-
den Mutter, sage ich zugleich im
Namen aller Angehörigen meinen
innighen Dank.
Dietrich Kihing, Holtwege.

Torsholt.
Am Mittwoch den 2. April
Abschiedsball
in Diecks Gasthof.
Anfang 8 Uhr. — Eintritt 1.50 Mk., wofür freier Tanz.
Es ladet freundlich ein
die Sicherheitsbatterie Torsholt.

Berein der Viehhändler
des
Freistaats Oldenburg u. Umgegend,
e. V. in Oldenburg.

Außerordentl. General-
Versammlung

der Mitglieder am **Mittwoch den 2. April d. J.,** vom **Mittags 11 Uhr, in Deuss Hotel in Oldenburg,** am Bahnhof.
Die äußerst wichtige Tagesordnung wird in der Ver-
sammlung bekannt gegeben, und ist das Erscheinen jedes Mitgliedes
dringend erforderlich.

Der Vorstand:
J. C. Jacobs, Friedr. I. W. Jäger.
Zu verkaufen ein neunjähriger
Wallach, **Verdienstgelegenheit**
selbsteres Pferd für Herren und Damen
D. Hinderke, Jhaufen. Anfragen an Bau, Hamburg,
Danjaplog 7.

Augustfehn, 28. März 1919.
Heute morgen um 1/21 Uhr entschieft sanft
nach kurzem, heiligem Leben unser innig geliebter
Walter
im garten Alter von 2 Jahren und 4 Monaten.
In tiefer Trauer
Walter Schulte und Frau,
Eine geb. Wietjes,
Elfa als Zwillingeschwester,
sowie alle Angehörige.
Es ist bestimmt in Gottes Rat, daß man vom
Liebsten, was man hat, muß scheiden.
Die Beerdigung findet am Montag den 31.
März, nachmittags 2.30 Uhr, statt.

Jhaufen, den 27. März 1919.
Heute entschieft sanft und ruhig nach schwerer
Krankheit im Krankenhaus zu Weterheide unsere
innigstgeliebte, herzensgute Tochter, unsere liebe,
teure Schwester
Jürrina Böden
im blühenden Alter von 28 Jahren.
Dieses trifft uns um so härter, da ein Bruder
von ihr seit dem 18. September 1918 vermisst ist
und ein anderer Bruder sich seit 1918 in frangö-
sicher Gefangenenschaft befindet.
Der Herr tröste uns in unserm tiefen Schmerz.
In tiefer Trauer
Foocke Böden und Frau
nebst Kindern.
Beerdigung am Mittwoch den 2. April, nachm-
2 Uhr, vom Krankenhaus Weterheide aus.

Der Ammerländer

(Fernsprache Nr. 5.)

ersch. täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen
Preis des Vierteljahrs frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Man abonniert bei allen Postämtern (oder Landbriefträgern) und in der Expedition. Rücksendung für die einseitige Postgebühr (oder deren Raum) für Inserenten aus dem Herzogtum Oldenburg 20 Pf. für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pf. Reklamen kosten 75 Pf. die Zeile. Anzeigen-Aufnahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten.
Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Recht auf Rabatt geht verloren, wenn Annoncen-Geldbesitz durch gerichtliche Zwangsversteigerung werden müssen. — Rückverrichtungen bei Aufgabe von Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird nicht übernommen.

Nr. 76.

Westertede, Sonntag den 30. März 1919.

59. Jahrgang

Zweites Blatt

Im Kreuzfeuer.

Uns bürgerlich-politischen Kreisen wird uns geschrieben:

Ein eigenartiges und seltsames Zusammenreffen der Ereignisse: an derselben Stunde ist in der Nationalversammlung in Weimar und in der preussischen verfassunggebenden Landesversammlung in Berlin eine Art Kompromisse der Regierung über die Generalrevolution erfolgt. Es wird viele Leute mit scharfem Sehvermögen und feiner politischer Witterung im Lande geben, die mit dem besten Willen von Bewegungen und Unternehmungen nichts sehen und hören können, die darauf abzielen, die jetzige republikanische Reichs- und Staatsverfassung mit Art und Gewalt wieder umzuwerfen, die Regierung zu zwingen und wieder einen Monarchen auf den Thron zu setzen. Angesichts dieser Tatsache hat dieses explosive Vorgehen der Regierung etwas Befremdend. Man hatte sich doch die parlamentarische Lage vor Augen — und diese Kräfteverteilung ist doch allein von ausschlaggebender Bedeutung. Wie sieht sie aus? Alle bürgerlichen Parteien haben sich auf den Boden der Umgestaltung der Dinge, wie sie die Revolution gebracht hat, gestellt. Die linke Seite hat diese gleichzeitige Befremdung der Reichs- und Landesparlamente unter einer Regierung mit sozialistischer Wochenschrift verbunden mit einem förmlichen Verweis auf die Republik; die rechte Seite hat ihre theoretische Auffassung von der größtmöglichen Freiheit der monarchischen Staatsform dabei festgehalten. Solange solche republikanischen Regierungen sich nicht in tatsächliche Unternehmungen gegen revolutionäre Art umzusetzen verstanden, sollte ihre Verbindung nach außen am allerwenigsten einer revolutionären Regierung Alibi dienen, die im vollen und gesicherten Besitze aller Machtmittel sich befindet und es ablehnt, das freie Spiel der geistigen Kräfte anders als geistig zu beeinflussen. Monarchien gibt es in allen Republiken. Sie leben von ihren Idealen, sie leben aber noch viel mehr — und damit kann man beginnen, auch die heutige Lage anzuschließen — von den Fehlern des herrschenden Regiments.

Die Sozialdemokratie von heute soll sein, was sie kam. Woche um Woche, Monat um Monat geht ins Land und das Volk hängt allmählich an, die Bilanz zu ziehen. Es wird anerkannt, daß die Regierung nach unmöglichen Wirtschaffen bisher leidliche Ordnung hat aufrechterhalten können; aber darüber hinaus sieht sie sich einer umfassenden und meist abspirenden Kritik ihrer politischen und tatsächlichen Maßnahmen auf den verschiedensten Gebieten gegenüber. Von rechts und von links ist sie in ein strahlendes Kreuzfeuer geraten, das gerade in diesen Tagen den Höhepunkt erreicht hat. Von den Unabhängigen und Kommunisten her immer wieder die Kampflage auf Leben und Tod. Alle Zugeständnisse, so in der Materie, sind nutzlos. Daneben läuft durch die radikale Kritik als roter Faden das Verbrechen, den Zwiespalt der sozialdemokratischen Richtungen untereinander mit allen möglichen Mitteln in eine Frontstellung der vereinigten Sozialisten gegen das Bürgertum zu wandeln. Das Herr Scheidemann nun anfänglich, das feste Buzkoffen gegenüber Vorgesängen, denen in der Öffentlichkeit so lange, bis der Ministerpräsident in Weimar sich offenbarte, wählbar nur eine mögliche Beachtung zuteil geworden ist, kam — auch wenn seine Absicht vorliegt — nur wirken in der Richtung der Schamacherpolitik der Radikalen und muß zugleich als eine Nachgiebigkeit gegen das Drängen von links erscheinen.

Jeder wird unterschreiben, wenn Herr Scheidemann sagte, durch ganz Deutschland gehe gegenüber den grausamen Forderungen der Entente ein Aufschrei, ein Appell an die höchste Instanz, die es gibt, an das menschliche Gewissen. Spaa sei schlimmer als Vrest, weil Spaa selbe, daß es von Vrest nichts gelernt habe.

Aber dann kam der Parteitag und veränderte, er wisse kaum, wie er die bekannten Vorformnisse des letzten Sonntags in Berlin brandmarken sollte. Die Regierung werde sich den Voraussetzungen außerparlamentarischer Gelehrten durch eine Handvoll von Leuten nicht weiter gefallen lassen. Scheidemann wandte sich im besonderen auch gegen General Ludendorff mit den Worten: Er hat bei seiner Rückkehr das Urteil eines Staatsgerichtshofes verlangt. Er soll es haben!

Ob die Regierung durch das wenigstens so vermeintliche Nachgeben gegen die radikalen Forderungen Luft schaffen wird gegen die Behauptung von allen Seiten, steht dahin; erreicht sie eine Atempause, so geschieht dies mit solchen Mitteln um den Preis der Verleugnung von Grundgesetzen und Verfassungen.

Daran ändert auch der Umstand nicht viel, daß die Ankündigung des deutschen Nationalen Abg. v. Kardorff in der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung auf einen reichlich harten und rücksichtslosen Ton gestimmt war. Denn ein Aufbegehren dagegen nimmt sich selbst aus, wenn es aus den Händen von Parteien aufkommt, die als Opposition gegenüber der früheren Reichsregierung an der Tribüne des Reichstags wahrlich kein Blatt vor den Mund genommen haben.

Alles in allem: gegenrevolutionäre Handlungen sind

nicht gelassen; daß Absichten irgendwo glücken, solche vorzubereiten, erscheint zweifelhaft. In die Herzen der Menschen kann man nicht blicken, aber soweit verunftbegabte Männer und Politiker den Mund dazu geöffnet haben, haben sie bisher allgemein heftig Bußflehende dieser Art als sinnlos und verwerdlich prämierend demovoriert und ihren Absichten vor neuem Bürgerkrieg zum Rücktritt gebracht.

Ludendorff und die Berliner Vorgänge.

Berlin, 27. März.

General Ludendorff erklärte einem Berichtsfasser auf Verlangen, daß er den Demonstrationen in der Wilhelmstraße völlig fern geblieben habe. Er sei in der Tat nur zufällig dort vorbeigekommen und habe gar nicht einmal gewußt, was die Kundgebungen beabsichtigten. Erst ein Hotelportier habe ihn darüber aufgeklärt. Wörtlich sagt Ludendorff dem: „Inzwischen aber erkannte mich wohl einige Teilnehmer des Zuges, begrüßten mich mit Hurrien, und einige kamen auch auf mich zu, um mir die Hand zu drücken. Selbstverständlich habe ich mich innerlich über diese mir entgegengebrachten Achtungsbeweise gefreut, trotzdem aber trat ich am nächsten Punkte ins Haus, und so kam ich in einen Barterraum ans Fenster und hat die Teilnehmer des Zuges, ruhig ihres Weges zu gehen. Das ist gelassen, und nachdem der Zug vorüber war, verließ auch ich wieder das Haus. Das ist alles.“

Im übrigen versicherte Ludendorff, daß er vollkommen als Privatmann lebe und in keiner Weise parteipolitisch hervortreten wolle. Zu dem von Scheidemann angeforderten Staatsgerichtshof erklärt Ludendorff: „Ich begrüße es mit Genugthuung, daß mir Gelegenheit gegeben werden wird, vor dem Staatsgerichtshof, der förmlich und unparteiisch zusammengesetzt sein wird, zu erscheinen. Ich hätte allerdings den Wunsch erheben können, daß der Herr Ministerpräsident seine Abfindung in einem weniger wegerwürdigen Ton gekündet hätte.“

Vorgeschichte des Waffenstillstandes.

Eine Darstellung der Reichsregierung.

In längeren Ausführungen weist die Reichsregierung nochmals darauf hin, daß das Waffenstillstands- und Friedensangebot, wie auch das jüngst veröffentlichte Telegramm Ludendorffs vom 1. Oktober 1918 erhalte, auf Veranlassung der Obersten Seeresleitung gemacht worden sei. Prinz Max von Baden habe sich dagegen gegen die Zustimmung, sofort nach seinem Amtsantritt an die Feinde mit einem Waffenstillstandsangebot heranzutreten, heftig gestraut. Sein Widerstand sei aber durch die immer erneuten Hinweise auf die drohende militärische Katastrophe gebrochen worden.

Unbekannter Brief Hindenburgs.

Die Reichsregierung veröffentlicht weiter einen bisher in der Öffentlichkeit unbekanntem Brief Hindenburgs, den Prinz Max bei seinem Amtsantritt vorkand und in dem es heißt:

„Ich muß auf der gefestigten Forderung der sofortigen Herausgabe eines Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen. Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, der dadurch notwendig gemachten Ermäßigung unserer Behelfen und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr dem Feinde den Frieden aufzuwingen. Der Gegner seinerseits führt ständig neue Kolonnen in die Schlacht. Noch sieht das deutsche Volk festgig und wehrhaft alle Angriffe ab. Die Lage veränderte sich aber rasch und kann die Oberste Seeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen. Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volk und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder verständig Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.“

Die Erklärung der Reichsregierung bemerkt hierzu weiter: Auf Grund dieses sachverständigen Urteils mußte jede ihrer Verantwortung sich bewußte Regierung im Interesse ihres blutenden Heeres das Waffenstillstandsangebot anerkennen. Es hand jedoch von vornherein fest, daß nur das Willensprogramm die Grundlage eines später abzuschließenden Friedens bilden konnte. Von dort Grundlage ist weder die Regierung des Prinzen Max, noch die Regierung der Revolution abgewand.

Die Abdankung der Hohenzollern.

Der Kronprinz verzichtet nicht.

Eschen werden zwei interessante Schreiben aus den Tagen der Novemberumwälzung bekannt. Das erste Schriftstück ist ein Brief des Kaisers an den Kronprinzen aus dem Hauptquartier vom 9. November abends datiert und eigenhändig vom Kaiser geschrieben. Er lautet:

Mein lieber Junge! Nachdem der Feldmarschall mir gemeldet hat, daß er meine Sicherheit im Hauptquartier nicht mehr verbürgen könne und daß auch die Truppen nicht mehr zuverlässig seien, habe ich mich nach schweren inneren Kampfentschlüssen, das anlang ausgebrochene Heer zu verlassen und nach Holland zu gehen. So rate dir, das am Abbruch des Waffenstillstandes auf Deinem Posten auszuhalten. In Berlin beschnepfen sich unter Führung von Ebert und Liebknecht zwei Regierungen. Soffentlich auf Wiedersehen in besseren Zeiten. Dein treuer Hiesebauer

Vater Wilhelm.

Der Kronprinz hatte am 11. November vormittags eine Anfrage an den damaligen Reichskanzler Ebert nach Berlin richten lassen, ob er auf seinem Posten verbleiben könne. Der Kronprinz verpflichtete sich, in dieser Zeit nichts gegen die nunmehrige Regierung zu unternehmen. Darauf erfolgte von Berlin eine ablehnende Antwort. Der Kronprinz entschloß sich, seinen Oberbefehl niederzuliegen und legte seinen Entschluß in einem Brief an Generalfeldmarschall Hindenburg nieder. In dem Schreiben heißt es u. a.:

Im Gegensatz zu vielen ungerechten Stimmen, die mich von jeher als Kriegsheber und Reaktionsär hinaustellen sich bemüht haben, habe ich von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß dieser Krieg für uns ein Verteidigungskrieg war. Immer wieder habe ich in den Salzen 1916, 1917, 1918 den maßgebenden Verantwortlichen gegenüber mündlich und schriftlich betont, daß Deutschland mit allen Mitteln das Ende des Krieges suchen und froh sein müsse, sich gegen die ganze Welt auf dem Status quo zu behaupten. Seit Jahr und Tag habe ich in den vielen Unterredungen mit General Ludendorff einem neuen Verständigungsansatzfrieden das Wort geredet und die Auffassung vertreten, daß die Gelegenheit hierfür die günstigste war, als wir vor und auch während der Frühjahrs Offensive macht und kraftvoll dastanden. Innerpolitisch bin ich der letzte gewesen, der sich einem freibewilligen Ausbau unterer Staatswesens verschlossen hat. Die meine Auffassung habe ich auch dem Reichskanzler, Prinz Max von Baden, als ich die Verantwortung meines Vaters vom Thron übernahm, nicht nur nicht gehört worden, sondern ist über mich als Kronprinz und Thronfolger einfach zur Tagesordnung übergegangen. Ein Verzicht ist von mir weder gefordert noch geleistet worden. Ersellens bitte ich daher, Kenntnis zu nehmen, daß ich gegen die Vergewaltigung meiner Person, meiner Rechte und Ansprüche Verwahrung einlegen muß.

Der Kronprinz schließt seine Ausführungen mit dem Wunsch, daß unter geliebtes Vaterland aus schweren Stürmen den Weg zur inneren Gesundung und einer neuen besseren Zukunft finden möge.

Vor der Berliner Revolution.

Neue Enthüllungen.

Treibende Kräfte. — Arsenal der Revolution. — Ruffische Staatsgelder. — Danaergeld. — Herr Joffe. — Ein nationalliberaler Politiker. — Festliches Abendessen. — Der Minister. — Feuer — Mellen.

Allmählich beginnt sich das Dunkel, das um die Vorgänge, die zum Ausbruch der Revolution in Berlin geführt haben, verbreitet lag, zu lichten, und es ist merkwürdig, daß es gerade ausländische Berichterstatter sind, die in dieses Dunkel hineinleuchten und uns einen Blick hinter die Kulissen der großen und doch mit so bescheidenen Mitteln inszenierten Ummwälzung tun lassen. Wieder ist es der in Berlin lebende und stets ausgedehnt unterirdische holländische Zeitungsmann, der den Schleier ein wenig lüftet und uns die treibenden Kräfte bei der Arbeit zeigt.

Nicht das Geld, das die russische Sowjetregierung deutschen Revolutionären zur Verfügung stellte, war das erste Kapital, mit dem Waffen angefaßt wurden. Der Anfang ist viel weniger großzügig gewesen. Ein viel genannter radikaler Parteiführer, der auch als Regierungsmanne sich einige tausend Mark erspart und kaufte mit diesem Gelde, als er glaubte, daß der richtige Augenblick gekommen sei, eine Anzahl Revolver. Diese beabsichtigte Nutzung stellte er sich als Arsenal der Revolution vor. Später allerdings erhielt er durch einen nicht minder bekannten Parteimann reiche Geldmittel von den Russen. Er bewahrte strenges Geheimnis über die Herkunft des Geldes, und die andern Führer wurden nicht eingeweiht, da sie noch „bürgerlichen Moralbegriffen“ huldigten und den Standpunkt einnahmen, daß man russische Staatsgelder und den Banken weggenommene Kapitalien nicht zu Parteizwecken verwenden dürfe.

Geld noch zweifelhafteren Charakters drohte auch von anderer Seite auszufließen. Aus Holland kam ein Mann mit einem Angebot von etwa sechs bis acht Millionen Mark, die einige holländische Interessenten der deutschen Revolution zur Verfügung stellen wollten. Dieses Angebot wurde nicht angenommen, da man in dem Gelde ein Danaergeld der Verbandsmächte vermutete. Jedenfalls hätte man aber bereits die Mittel, um die Revolution vorzubereiten. Niemand von den eingeweihten Anwälten noch aus ihrem Gelingen. Nur daß die Ummwälzung nicht so bald möglich zu sein schien, wie man gehofft hatte. Man mußte einen festgesetzten Termin nach dem andern aufgeben, bis schließlich die bekannten Ereignisse von Kiel meeres Bögen überflüssig machten.

Besonders vertraut mit den Plänen der deutschen Revolutionäre war natürlich der holländische Gesandte in Berlin Joffe und durch ihn wieder die russische Regierung. Man darf aber nicht annehmen, daß Joffe in Berlin bloß freundschaftliche Beziehungen zu den revolutionären Elementen unterhielt. Es liegen sich's darunter recht interessante Fälle an der nach Umständen verlässlichen Geheimdienstatel wohl sein. Zu den treuesten Beschauern der russischen Geheimdienstatel gehörte ein nationalliberaler Politiker. Was er von Joffe haben wollte? Man kann es nur vermuten. Wahrschein-

lich meinte er, seinen Freunden von der Industrie durch solchen Verkehr am besten dienen zu können. Russland verbrachte damals ein ergiebiges Arbeitsfeld für die deutsche Industrie zu werden.

Bei Hofe geschahen aber noch andere Dinge, die man nicht so bequem erklären kann. Als der „Ergänzungsvertrag“ mit der Sowjetregierung geschlossen war, gab der Gesandte merkwürdigerweise — der Vertrag war bekanntlich für die Russen, die unter anderem ihres Goldvorrates ledig wurden, nicht sonderlich günstig — eine Art Freudenfest. Er lud die deutschen Diplomaten, die an den Unterhandlungen beteiligt gewesen waren, zu einem glänzenden Abendessen ein. Ehrengast war an diesem denkwürdigen Abend ein Minister, von dessen Wirken man sich in Deutschland viel versprochen hatte. Hoffe hatte seine Gäste erucht, nicht in Uniform zu erscheinen, da der Publiz des bunten Luchses peinlich für sein revolutionäres Gemüt wäre. Er wußte, daß der Minister in diesem Punkte nicht eben sehr willig war. An diesem Abend sollte jedoch des Ministers Entgegenkommen die höchsten Erwartungen übersteigen. Er erschien nicht in Uniform, die er sonst immer trug, sondern im Bürgerrock. Dies hätte aber noch immer ein gefährliches Kleidungsstück sein können, denn zu einem Diplomatenrock gehört eine ganze Reihe von Orden. Des Ministers Knopfloch war aber vollständig leer. Oder eigentlich war es doch nicht leer, denn auf dem Seidenband des Hodes prangten in frischer Pracht ein paar schöne, feuerrote Meisen! Der Minister hatte also an diesem denkwürdigen Abend alle Anzeichen, die Fürsten ihm verleihten hatten, abgelegt und sich loszulassen bloß mit der Blume geschmückt, die das Kennzeichen der roten Internationale ist!

Rah und Fern.

o **Verheirathete Lebenshaltung der früheren Kronprinzessin.** Die frühere deutsche Kronprinzessin, der das Landhaus Cecilienhof bei Potsdam als dauernder Aufenthalt zugewiesen wurde, hat ihre Umgebung und Dienerschaft auf das notwendigste beschränkt. Ihre Kinder werden in Potsdam eingeschult.

o **Berlin-Damburg in 80 Minuten.** Eine bemerkenswerte Angeltour vollbrachte kürzlich das Postkutschengespann auf der Strecke Berlin-Damburg. Der Zweifelder flog um 7 Uhr von Johannishof ab und landete 8:20 Uhr in Wismar. Die Strecke ist also die 200 Kilometer lange Flugstrecke in 80 Minuten zurück, so daß er in einer Minute durchschnittlich 3/4 Kilometer hinter sich ließ.

o **Gegenmaßnahme gegen polnische Zeitungen.** Die in Bromberg erscheinende Ostpreussische Rundschau ist seit Wochen auf Befehl des polnischen Oberkommandos bei allen Postanstalten in dem von den Polen besetzten Gebiet beschlagnahmt. Nunmehr hat der Kommandeur der 4. Division in Deutschlitz eine Gegenmaßnahme verordnet, daß das geleitete polnische Blatt der Provinz Kurzer Postansicht im ganzen Gebiet des Belagerungszustandes bei allen im deutschen Machtbereich gelegenen Postanstalten gleichfalls beschlagnahmt ist, und zwar so lange, als auf polnischer Seite die Beschlagnahme der Ostpreussischen Rundschau besteht.

o **Wölfe in Ostpreußen.** Im letzten Winter hat sich in Ostpreußen die Wolfplage, die sich während der Kriegsjahre in den Memelregionen der Staatsforsten schon vielfach bemerkbar gemacht hat, sehr vermehrt. Es mußten besonders in der Ostpreussischen Schmalenakenen Wolfstreibjagden abgehalten werden. Drei Tiere wurden zur Strecke gebracht, während fünf andere sich nach der Oberförsterei Neu-Lubowen zurückzogen. Hier hat ein Hilfsjäger eine alte Wölfin durch Kugelschuß auf 180 Meter zur Strecke gebracht; das besonders starke Tier wog 46 Kilogramm. Das Raubtier vermischt die durch den Krieg bereits stark dezimierten Rehbestände Ostpreußens, so daß der weitere Abbruch der Wölfe dringend notwendig ist.

o **Wiedereinführung der 2. Wagenklasse.** Vom 1. April ab sollen die Wagen 2. Klasse wieder in jene Güge eingeteilt werden, aus denen sie vor einiger Zeit entfernt worden mußten. Wenn sich in einzelnen Bezirken ein Mangel an Wagen 2. Klasse zeigen sollte, so werden in erster Linie die vorhandenen Wagen in die Güge auf den Hauptstrecken eingestellt werden.

o **Ein Schleichhändlerlebensmittelschiff.** In Offenbach lief dieser Tage ein „Lebensmittelschiff“ in den Hafen ein. Nachmittags 10 Uhr, das ein Automobil an das Schiff herantuhr. Nachprüfungen ergaben, daß in dem Schiff u. a. 2 Käfer, 4 Zentner Zucker und für 16000 Mark Tabak enthalten waren, die auf dem Wege des Schleichhandels veräußert werden sollten. Die Waren wurden beschlagnahmt.

o **Richter als Schwärzwerker.** Wie aus Vuhavest gemeldet wird, hat sich dort ein Dichter und Schriftsteller geworben. Schriftsteller und Dichter sollen wie in Russland hinsichtlich der Lebensmittelpartei wie die Schwärzwerker behandelt werden, d. h. in die erste Klasse der Verpflegung Erhaltenen eingereiht werden.

o **Erlaß für Zinn.** In Australien soll ein Erbschaft für Zinn gefunden worden sein. Das Magaminium benannte Präparat besteht aus einem Gemisch aus Karbor und Formalin, beides Stoffe, die in Australien vorkommen. Es wird daraus ein Salz hergestellt, das in Weisphosphor auflösbar ist. Mit einer solchen Lösung behandelte Holz Bretter können zur Verpackung von Lebensmitteln aller Art Verwendung finden. Holz Bretter, die mit Magaminium behandelte sind, sollen für viele Zwecke, für die man jetzt Zinn braucht, Verwendung finden können. Sollte sich diese Nachricht bewahrheiten, so ist ihre Bedeutung für Deutschland, das in Zinn auf die Einfuhr aus Ländern englischer Zünge angewiesen ist, noch gar nicht abzulesen.

o **Ein Sparratistenstücklein** aus eigener Art wird aus Berlin mitgeteilt: Eine dortige Dame, Frau eines höheren Beamten, wurde während der Sparratistenmühen von dem in ihre Wohnung einbringenden Rob zur Flucht veranlaßt. Da kam sie auf einen eben so originellen wie glücklichen Gedanken: Sie verkleidete sich als wilde Sparratistin und „benamete sich“ nach Art der plündernden Weiber mit einem Kinderwagen. Dann drang sie in ihre eigene Wohnung ein, um bei sich selbst die sämtlichen Wertachen hatte den Erfolg, daß sie in plündernden Wertachen und alles, was ihr Heim an plündernden Gegenständen bars, in Sicherheit bringen konnte.

De ohle Armee wat uplöst.

An ehre Stell tritt belton Wedderuppo want nee Heer de

Riefsweehr

De Bildung van de Riefsweehr ist hör de trostloos Tostände in Osten want Riel un hör de drohende Schredensherrschafft der Sparratistue notwendig wurn.

De Riefsweehr shall förn Schuß der Gengen infahen un för de Uppreherholung van Ruhe un Ordnung int Riel insett wern.

De Riefsweehr shall de Regierung füllen un ehren Anordnungen Geltung verschaffen. De Riefsweehr shall bloß ut toewilligge Rue bestahn, de ehre Führer hören doht un Mannestucht holen willt.

In de Riefsweehr weerd de Freiwilligen to Ubbildungs, to Selerheits un Wachdeent rantonen.

In de Riefsweehr leigt jeder Unneroffizier un Mann uter freer Kost, Kleidung un Wohnung de Löhnung van sinen Deentstuck, ion mindestens also dattig Wart in'n Monat, mit ene Dagstolage van sief Wart, Unneroffiziere möt willt sien, of mal Mannsbeent to dohn.

För de Riefsweehr schöt de in de Uppstellung bygeprenen Selerheit kompanien den Grundstod bilden.

Ostendorger un Odfreesen

de iy in de Reegen want Regiment in Feldzug van Sieg to Sieg gahn sünd,

Ostendorger un Odfreesen

de iy de Ruhmesgeschichte want Regiment mit ehernen Griffeln schreben häbt,

Ostendorger un Odfreesen

de iy by de Ostendorger Referesformationen in'n Feld john Mann Rahn häbt,

Ostendorger un Odfreesen

de iy nich in jo Heimatformationen sehten kann häbt, meld jo tohn Intritt in de Selerheits kompanien want Ostendorger Inf. Regt. Nr. 91.

Ut egenet Aftreden weerd twee künste Schwertier in'n goloen Stentanz up blau roten Grund dragen.

Deente Infanteristim, M.G. Schügen, Minensjämetersue, Fahrer, Handwerker un Sanitätspersonal vorkat us Kavalariand nich in de Sun der Hof, Zy weerd all brukt.

Wer süßt nich kamen kann, de shall in sinen Verwandten un Bekanntenkreis warben.

De Riefsweehr kann mündlich, hiez is aber schriftlich, an de Werbestelle want Infanterie Regt. Nr. 91 in Ostenburg, Kajette II b an Postamt, Stuv 72 besorgt weern. Bien schriftliche Meldung möt de Militärpaß oder de Entlassungsschein mitführt weern.

Musk. Genst. Regts.-Subalternat.

Fehr. v. Leebuer. Oberst un Regimentskommandeur.

Kl. Landstelle

zur Größe von 3 bis 5 Hekt. auf gleich oder später zu kaufen gesucht.

Desgleichen

Wohnhaus

mit einigen Schöffel. Gartenländereien. Angebote erbitzt

Fry Achtermann, Rostk.

Wiesenland-Berkauf

Apen. Der Landwirt O. Piskoor in Sidborgeesehn beabsichtigt seine in Boteleemoor belegenen

Wiesentändereien

etwa 3/4 Tagewert groß, öffentlich meistbietend mit Antritt nach Uebereinkunft durch mich verkaufen zu lassen. Termin hierzu ist angesetzt auf

Donstag den 1. April,

nachm. 3 Uhr,

in Mentle's Gasthaus in Boteleemoor

Kaufschlichter ladet ein

Janssen, Autt.

Violinen, Lauten, Gitarren, Mandolinen

in größter Auswahl, Reparaturen.

Carl Tapken,

Oldenburg,

Donnerschwerstr. 41.

Fernruf 238.

Geschäfts-Eröffnung!

Größe in Westerstede (Rahen) in dem früher Herrn Schmeldemeister Bruns gehörigen Hause, welches ich künzlich erworben habe, eine

Maschinen-Schlosserei

nebst

Schmiede

für Fuß- und Wagenbeschlag.

Ueberrahme von Kesseln und sämtlichen Reparaturen an Dampfmaschinen, Gas-, Benzol- und Benzol-Motoren.

Ausführung

von Anlagen für Ziegeleien, Brennereien, Sägereien, Mühlen, Bäckereien u. Torfgewinnungsbetriebe.

Landwirtschaftliche Maschinen

aller Art.

Die bestehende Eichhamtensobstalle führe ich in un- veränderter Weise fort.

Ich sichere prompte und saubere Ausführung aller Aufträge zu und bitte um gütige Unterstützung meines Unternehmens.

Westerstede. Heinr. Brüning.

Rahenstraße.

Bettmöbelle

Befestigung sofort. Alter und Geschlecht angeben.

Es skur ut unsohn distret.

M. v. Jan 1, Berlin, Belle-Alliancestr. 12.

Pflanz-Schalotten

Pfund 1,50 Mark. Diebr. Meyer.

Dentist Schmidt

Oldenburg, Goh. orspr. 1 (gegenüber der Landesbank), Tel. 1236.

Atelier für moderne Zahnheil- und Ersatzkunde.

Sprechstunden: 9-1 vormittags, 2-6 nachmittags, Sonntags von 9-12 Uhr.

Immobil-Berkauf.

Apen. Die Erben des Schenkwirts Sieblich Meyer am Nordloh-Kanal wollen zwecks Gebauseinbersehung ihre daselbst belegene

Landstelle

bestehend aus dem Wohn- und Wirtschaftsgäude u. reichlich 66 Schöffelant Ländereien,

öffentlich verkaufen lassen.

Die Stelle hat eine günstige Lage unmittelbar an der Chaussee Augustsehn-Nordloh, und ist in dem Hause seit einer Reihe von Jahren die Schenk- wirtschafft mit gutem Erfolg e betrieben.

Antritt des Objekts am 1. November 1919.

Verkaufstermin ist anbe- beraumt auf

Mittwoch den 2. April,

nachmittags 3 Uhr, im Verkaufsobjekt.

Janssen, Auktionator.

Verkauf

eines

Kolonats.

Apen. Der Kolonat Foh- keret Ley in Sidborgeesehn will sein zu Augustsehn be- legenes

Kolonat

groß 5,1884 Hektar mit An- tritt nach Uebereinkunft öffent- lich meistbietend durch mich zum Verkauf stellen lassen.

Das Kolonat ist fast ganz kultiviert.

Verkaufstermin ist angesetzt auf

Freitag den 4. April,

nachm. 3 Uhr,

in R. Willems Gasthaus in Augustsehn (Stahlwerk)

Bei annehmbarern Gebot soll der Zuschlag sofort erfolgen.

Janssen, Autt.

Zu verkaufen 1 mittelfähiger

Wallach

fischerer Einspänner.

Zwischenbahn. D. Schwemmer.

Ich wünsche eine gute

Milchkuh

bis Mal in beste Fütterung zu nehmen und bitte um Angebot.

Westerstede. Gerh. Eilers.

Gesucht ein junges zuverläss.

Mädchen

welches in allen vorkommenden Arbeiten erfahren ist.

Zu meiden bei Frau Ehye, Eichenholzerfeld.

Landesarbeitsnachweis

Zwischenbahn.

Zahn-Praxis

Frau Helene Mayer

Sprechstunden täglich v. 8-6 Uhr

Künstliche Zähne mit und ohne Saugen.

Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse.

Füllungen jeder Art.

Stille Augustheba

Sprechstunden: Dienstage und Freitag von 9 bis 12 Uhr vorm Behandlung v. Kaffeemitteln

Der Ammerländer

(Zweispäcker Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags nach Sonn- und Feiertagen.

Preis des Blattes durch die Post frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Abonnenten und Einzelbesteller nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigenpreise für die erste Woche (oder deren Raum) für Anzeigen von dem Herzogtum Oldenburg 20 Bfg., für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Bfg. Reklamen kosten 75 Bfg. die Zeile. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Dienstage; größere Anzeigen werden am Tage vorher eingegeben. Die Rückgabe unvollständig eingehender Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Jedes Anrecht auf Abdruck geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitteilungen eingezogen werden müssen. — Platzverträge bei Aufgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Erfolg wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 77.

Wetterstille, Dienstag den 1. April 1919.

59. Jahrgang

Erstes Blatt.

Hierzu ein zweites Blatt.

Vertagung der N.B. bis 8. April.

(1. Sitzung.) **OB Weimar, 29. März.**
Nach Erledigung der heutigen Tagesordnung vertagte sich das Haus bis zum 8. April. Dem Präsidenten wurde die Beschlüsse erteilt, für den Fall unerwarteter Ereignisse die Nationalversammlung telegraphisch für einen frühen Termin einzuberufen. Für die Vertagung stimmten sämtliche Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei.

Die Interpellation Ernsthaft (Deutschland), Dr. Seinae (D. V.) und Genossen, die sich gegen die Mahnung von Weimar aus politischen Gründen richtet, wird von Reichsfinanzminister Schäfer worden erklärt, nach der geschäftsordnungsrechtlichen Form beantwortet werden.

Nachtrags- und Novate.

Bei der Beratung berichtete Abg. Doetsch (Soz.) über den Nachtragsetat. Der Reichspräsident hat den Nachtragsetat, der die Beschlüsse des Reichspräsidenten auf 100.000 Mark monatlich vorläufig nicht gebilligt. Er hat die vorläufigen und die tatsächlichen Beschlüsse getrennt und schlägt vor, dem Reichspräsidenten ein vorläufiges Gehalt von jährlich 100.000 Mark zu gewähren und für die mit dem Amt verbundenen tatsächlichen Ausgaben 500.000 Mark jährlich einzusetzen. Das ist der zwanzigste Teil der Ausgaben, die das bisherige Reichsoberhaupt erfordert. Die Regelung der Pensionen soll einem besonderen Gesetz überlassen werden. Die Frage der Rente für die Minister ist als Vorfrage zur Besetzung der Rente geprüft worden. Es werden erhebliche Abstriche bei den Wohnungsgeldzuschüssen der Minister gemacht werden. Die früheren Vollbeauftragten sollten monatlich ein Gehalt von 2000 Mark besorgen. Keiner von ihnen hat irgendwelche Versorgungsansprüche gestellt.

Abg. Wernke (Centr.) stimmt den Beschlüssen des Haushaltsausschusses zu. Abg. Kautz (L. Soz.) lehnt das Gehalt des Reichspräsidenten als überflüssig und schließlich ab. Der Nachtragsetat wird nach dem Antrag des Haushaltsausschusses gegen die Stimmen der L. Soz. angenommen. Es folgte die zweite Beratung der Vorlagen über die vorläufige Regelung des Reichshaushalts und des Haushalts der Staatsgebiete und des Rechnungsjahr 1919. Im Amt des Reichspräsidenten werden als Vorläufige als Verbesserungen der Einrichtungen für das wirtschaftliche Auslandsnachrichtenwesen zunächst 250.000 M. ohne Erörterung bewilligt. Im Haushalts des Reichsministeriums des Innern werden zur Unterhaltung des Reichsluftamts 500.000 M. angefordert.

Demobilisierung und Soldatenräte.

Der Zentrumscheforderte Beratung und der Abg. Meyer (Deutsche Vp.) bemängelt die ungenügende Kostenanforderungen für manche Soldatenräte. Reichsminister Doetsch gab zu, daß in den militärischen Formationen sich noch eine Reihe von Personen befinden, an deren Demobilisierung die Allernachst kein Interesse mehr habe. Es beziehe aber eine Verfügung aus der Zeit des Krieges vor, daß Soldaten, wenn sie keine Beschäftigung finden, noch vier Monate in den Kasernen bleiben dürften, da man damals angenommen habe, daß der Nachtragsetat der Arme und die Demobilisierung ganz allmählich erfolgen werde. Aber dann sei infolge des überflüssigen Rückmarsches und des Zusammenbruchs alles anders gekommen und eine große Verwirrung eingetreten. Dadurch sei die Möglichkeit der militärischen Entlassung sehr erschwert worden. Nimmere werde aber bald die viermonatige Frist abzulösen sein. Die Wirtschaft in den verschiedenen Staatsbetrieben sei völlig unzulänglich. Von den Vertrieben habe er wieder ausführlichere Mitteilungen erhalten. In den Vertriebenenämtern, auch in den Spandauer Vertriebenenvereinen, aber große Mängel. „Wir wollen“ sagte der Minister, „mit den Vertriebenen zusammenarbeiten, aber es darf nicht so weiter gehen, daß nur politisiert statt gearbeitet wird, und alle nicht zum Nationalismus neigenden Arbeiter terrorisiert werden. Wenn die Streikdrohungen durchgeführt werden sollten, so bemerke ich, daß in den Staatsbetrieben Streiklose nicht bezahlet werden würden.“

Arbeitsprogramm.

Die beiden Verordnungen über die Reichsverfassung wurden heute von der Tagesordnung abgesetzt und werden voraussichtlich vor Oftern auch nicht mehr zur Beratung kommen. Dagegen ist Aussicht vorhanden, daß noch vor der Oftern eine Novelle zur Reichsverfassungsordnung eingebracht wird, die den in der Landkonferenz Verabschiedeten die gleichen Rechte hinsichtlich der Selbstverwaltung einräumen soll wie den Vertriebenen in den Ortskonferenzen. Die Novelle soll die wichtige Bestimmung enthalten, daß diejenigen Kantonsparlamenten, die nach den alten Bestimmungen Beamtenentscheidungen beibehalten, diese ebenfalls auch weiterhin behalten sollen.

Die Reichsregierung bleibt fest.

Retz Nachgeben in der Danziger Frage. **Weimar, 29. März.**
Von zuständiger Seite wird noch einmal ausdrücklich betont, daß die Reichsregierung in der Frage der Landung polnischer Truppen in Danzig unbeeidbar bei ihrem Standpunkt verharre und zu keinerlei Zugeständnissen bereit sei. Die Gewisse des Entgegenkommens sei nimmermehr erträglich. Infolgedessen sei die Lage natürlich äußerst ernst und bedenklich, da keinerlei Anzeichen sich bemerkbar machen, daß die Entente ihrerseits ein Entgegenkommen mache. Es liege im Bereich der Möglichkeit, daß die Verhandlungen überaus abgebrochen und damit auch der

ganze Waffenstillstand fraglich würde. Jedoch will man die Hoffnung nicht gänzlich aufgeben, daß doch noch im letzten Augenblick ein Ausgleich zustande komme.

Frankreich dringt auf Antwort.

Sich will selbst über Danzig verhandeln. **Weimar, 29. März.**
In der Angelegenheit der Landung polnischer Truppen in Danzig hat Marichal Foch folgendes Telegramm an General Ludant in Spaa geschickt:

„Da ich noch keine Antwort erhalten habe betreffs des Transports der polnischen Truppen durch Danzig, beauftrage ich Sie, um die Lösung der Frage zu beschleunigen, die deutsche Regierung einzuladen, einen Bevollmächtigten nach Spaa zu entsenden, wofür ich geneigt bin, mich in Berlin zu beggeben.“

Foch erludt weiter um bestmögliche Erneuerung des deutschen Bevollmächtigten und Mitteilung, wann dieser in Spaa eintrifft.

Ein polnisches Danzig, eine Bedrohung des Friedens. Die amerikanischen Delegierten in Paris stimmten dem britischen Vorschlag zu, daß der vorgezogene Korridor nach Danzig eine gefährliche Bedrohung für den zukünftigen Weltfrieden bilden könnte, falls er so groß gemacht werde, daß mehrere Millionen Deutsche darin eingeschlossen würden, welche später für ihren Anschluß an Deutschland stimmen könnten. Der Vorschlag ist daher vor eine außerordentlich schwierige Frage gestellt.

Die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ befindet in Ergänzung früherer Meldungen, daß wegen der Einverleibung von zwei Millionen Deutschen durch Vermittlung eines Zuganges zum Meer mit Danzig an Polen von gewisser Seite des Vierzehnten Schritts erhoben wird. Eine weitere Vermittlung der schon ohnehin sehr vermehrten Bevölkerung Preußens scheine den Stein zu neuen Kriegen zu enthalten. Die Bildung eines deutschen Irredentismus werde möglichst zu vermeiden gesucht.

Maßlose Forderungen der Ruhrarbeiter.

Die Forderung gegen den Sechshunderttag. Die Auslandsbewegung in der Ruhrrevier hat ständig zugenommen und die Zahl der Streikenden ist glücklicherweise auf 32000 angewachsen. Die maßlosen Forderungen der Ruhrarbeiter sind der Reichsregierung unterbreitet worden, worauf Reichsarbeitsminister Bauer an die Direktion der Werke folgendes Telegramm richtete:

Verfüzung der Arbeitszeit auf 6 1/2 bis 6 Stunden ist unmöglich, wenn das Wirtschaftsleben wieder in Gang gebracht werden soll. Sondernachweise von Arbeitern müssen feiern, weil die Betriebe keine Kohlen haben. Die Versorgung des deutschen Volkes mit Lebensmitteln aus dem Ausland kann nur durchgeführt werden, wenn wir Kohlen in Zahlung geben. Das gesamte deutsche Volk erwartet deshalb, daß die Kohlenförderung gesteigert, nicht aber beeinträchtigt werde. Verfüzung der Arbeitszeit bedingt einen Lohnausfall, weil für 6 Stunden Arbeit nicht der gleiche Lohn gezahlt werden kann wie für 8 Stunden. Lohnausgleich wird Erhöhung der Kohlenpreise nötig machen. Solche können nicht bewilligt werden. Soll das Wirtschaftsleben in Gang kommen, muß Verabreichung der Kohlenreife erfolgen.

Außer dem Sechshunderttag hatten die Arbeiter noch zahlreiche politische Forderungen aufgestellt, darunter: 1. Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte, 2. Sofortige Durchführung der Hamburger Punkte (Kommendogewalt betreffend), 3. Freilassung aller politischen Gefangenen, 4. Sofortige Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr, 5. Sofortige Verknüpfung politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zur Sowjetregierung Deutschlands.

Polens Bündnis mit der Entente.

Warschau. Das politische Komitee für auswärtige Angelegenheiten unterbreitete dem Landtage einen Gesetzentwurf, der den Abschluss eines formellen Bündnisses zwischen Polen und den Ententemächten zum Ziele hat. Zugleich wird in dem Entwurf gefordert, daß die östlichen Gebiete, in denen die polnische Bevölkerung in der Mehrheit oder in polnische Kultur vorherrschend ist, Polen einverleibt werden. Zugleich ist ein Antrag auf den Gesetzentwurf den Wunsch aus, daß Litauen einen Sonderstatut bilde, der später durch eine Union sich an Polen anschließen kann.

Vertreibung der Rumunen und Geiseln in Ungarn.

Budapest. Die Volkskommissare haben mit der Leitung der hauptsächlichsten Spitäler je einen geistigen und einen physischen Arbeiter betraut. Die in den hauptsächlichsten Spitätern den Dienst verrichtenden Seelsorger werden ihres Amtes entbunden und haben ihre in den Spitätern befindlichen Wohnungen binnen 24 Stunden zu verlassen. Sämtliche Rumunen haben die im Eigentum der hauptsächlichsten Spitäler befindlichen Operationstische und Revolverkoffer, Nomenclaturentwürfe, welche aus dem Orden austreten, können in den Spitätern verbleiben.

Eine Stadt des Todes.

Stachofm. Nach Meldungen aus Moskau ist infolge Fehlens von Lebensmitteln und Kohlen die dortige Lage direkt verheerend. Die ganze Stadt ist ein Wald des Todes. Tausende sterben elend dahin.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Das Gehalt des Reichspräsidenten war Gegenstand von Besprechungen im Haushaltsausschuß. Schließlich wurde beschlossen, für den Reichspräsidenten ein persönliches Jahresgehalt von 100.000 Mark einzusetzen, also das frühere Reichskanzlergehalt. Die tatsächlichen Ausgaben wurden vorläufig mit 500.000 Mark in Ansatz gebracht. Ursprünglich waren insgesamt 1.200.000 Mark das Jahr vorgesehen.

+ Sozialisierung des Luftschiffwesens. Im Haushaltsausschuß zu Weimar wurde auch die Frage der Sozialisierung des Luftschiffwesens angesprochen. Hierbei wurde, wie Unterstaatssekretär Euler vom Reichswirtschaftsamt versicherte, das Reich kein gutes Geschäft machen. Dagegen sollten die Flugplätze in staatlicher Hand bleiben. Die Forderung für das Reichsluftamt wurde bewilligt, nachdem Wehrminister Pöhlke erklärt hatte, daß es auf den Flugzeuganlagen mit der bisherigen Wirtschaft und der Verwendung von Reichsmitteln nicht weitergehen könne.

+ Abfindung für den Großherzog von Baden. Nach dem Beschluß der badischen Nationalversammlung erhält der ehemalige Großherzog eine Abfindung von 8 Millionen Mark. Die für den Prinzen August vorgesehene Abfindung von 3 Millionen ist gestrichlen worden, da dieser sich mit dem Chef des großherzoglichen Hausvermögens auseinandersetzen habe.

+ Das Gutachten über die Sozialisierung der Haftverschönerung ist von der Sozialisationskommission der Reichsregierung eingereicht worden mit der Begründung, daß bei der starken Bewegung unter den Bürgern eine schleunigste Veröffentlichung des Gutachtens geboten sei, damit es als Grundlage für eine Diskussion in der Öffentlichkeit und für gesetzliche Maßnahmen dienen kann.

+ Die Belgier im Düsseldorf Hafen. Eine Abteilung von fünfzig Belgiern hat den Dampferhafen verlassen. Diese Bewegung war schon seit einigen Tagen von den Belgiern der Stadtverwaltung angekündigt. Die Entente begründet die Maßnahme damit, daß sie nur durch Befragung der rechtsrheinischen Häfen den Schutz des Rheinverkehrs gewährleisten könne.

Österreich.

+ Befragung des Eisenbahnerstreiks. Der Eisenbahnerstreik, der sämtliche Strecken ergriffen hatte, wurde beigelegt, nachdem die Regierung mit den Führern der Eisenbahner Vereinbarungen getroffen hatte, wonach die Forderungen der Ausführenden größtenteils erfüllt wurden. Der Streikausgang beträgt 125 Millionen Kronen, die Gesamtstreikausgaben machen 275 Millionen Kronen aus. Der Verkehr wird auf sämtlichen Strecken wieder aufgenommen.

+ Die Ausweisung des Grafen Hasburg ist vom Verfassungsausschuß beschlossen worden, ebenso die Einziehung des Vermögens, und zwar im Interesse der Sicherheit der Republik. Sofern die Mitglieder des Hauses Hasburg Vorbringen auf ihre Mitgliedschaft auf diesem Hause und auf alle etwaigen Herrschaftsansprüche verzichten und sich als treue Staatsbürger betonen, dürfen sie im Lande bleiben.

Aus Ja- und Ausland.

Berlin. Alle Nachrichten vom Waffenbündnisvorlag der Sowjetregierung an Deutschland sind nach einer amtlichen Erklärung unzutreffend.

Budapest. Hier ist das Gerücht verbreitet, daß in Vienne in Volschewienausland ausgebrochen sei. Die italienischen Besatzungstruppen sollen bereits zurückgezogen worden sein, um zu verhindern, daß die italienischen Mannschaften mit den Bolschewisten in Verbindung kommen.

Budapest. Die gesamte alliierte Militärkommission, darunter auch Oberst W. ist abgereist.

Amsterdam. Dem „Gambelsblad“ zufolge wurden in der Provinz Gelderland neun aus Deutschland geflohene Hochschmiede verhaftet, deren Ausweise nicht in Ordnung waren. Einige der Verhafteten tragen Revolver bei sich.

München. Der Leipziger Messe.

Leipzig. Die Anmeldungen zur Frühjahrsmesse gehen so zahlreich ein, daß schon eine Zahl von annähernd 7000 Ausstellern erreicht ist. Damit ist die reichsweite höchste Teilnehmerzahl aller bisherigen Messen erreicht. Die am frühesten besetzte Frühjahrsmesse im Frühjahr 1914 wies 4218 Aussteller, die nächste Frühjahrsmesse im Herbst 1918 5476 Firmen auf.

Wachsender Aufstand im Ruhrrevier.

Gen. Die Wohnung des Reichsarbeitsministers Bauer hat nicht gesichert. Die Zahl der Streikenden ist auf weitere 6000 auf 37.000 gestiegen.

Landwirtschaftlicher Streik in Oberböhmen.

Obwohl. In einigen politischen Kreisen Oberböhmens ist ein landwirtschaftlicher Streik ausgebrochen, der immer größeren Umfang annimmt.

Frankreichs Länderger.

Wiesl. Nach Meldungen aus Paris fordert Frankreich immer noch die Saarobstangebiet, welche Forderung Amerika entschieden entgegnet. Zugleich des Rheinlandes ist Amerika damit einverstanden, daß Deutschland dort keine Garnisonen und keine Besatzungen halten dürfe.